

Akademie Aktuell

Zeitschrift der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

GESCHICHTE: Olympia-Attentat 1972 in München
PUBLIKATIONEN: Pre-Prints in der Wissenschaft
IM GESPRÄCH: Wissenschaftskommunikation heute

Heft 3.2023

BAW

Wir oder ich?

Das Individuum im Zentrum
demokratischer Entscheidungen



BAdW

Ich will



... regelmäßig zu Veranstaltungen der Akademie eingeladen werden. Anmeldung über den QR-Code oder per Mail an: anmeldung@badw.de

BAYERISCHE
AKADEMIE
DER
WISSENSCHAFTEN

3.2023

Editorial



Bedürfnisse von Minderheiten im Fokus: Demonstrierende fordern die Einführung des dritten Geschlechts (2018).



Liebe Leserinnen
und Leser!

Demokratien beruhen auf dem Mehrheitsprinzip. Zugleich ist in jüngerer Zeit jedoch eine immer stärkere Individualisierung zu beobachten, verbunden mit dem Anspruch, die Belange jedes Einzelnen in politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Wie lässt sich in diesem Spannungsfeld eine Balance finden zwischen demokratischen Grundsätzen und den spezifischen Bedürfnissen des Individuums? Dieser Frage spürt das zwischen Rechts- und Geschichtswissenschaft angesiedelte BAdW-Projekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ in dieser Ausgabe nach – am Beispiel der Verfassungsgerichtsbarkeit, der Wahlwerbung und der Gesundheitspolitik.

Im Herbst 2023 beschäftigte die Akademie zudem die Aufarbeitung des Anschlags auf israelische Sportler bei den Olympischen Spielen 1972. Die von der Bundesregierung einberufene Historikerkommission sowie ein Forschungsvorhaben am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) nahmen im September ihre Arbeit auf. Die BAdW-Mitglieder Michael Brenner, selbst Teil der Kommission, sowie Andreas Wirsching, Leiter des IfZ, berichten in dieser Ausgabe über den Forschungsauftrag. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Markus Schwaiger
Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Fotos: imago/Christian Ditsch, Robert Brembeck

BA&W

Wir oder ich?

Liberalen Demokratien sind dem Mehrheitsprinzip verpflichtet. Zugleich ist seit einigen Jahrzehnten eine zunehmende Individualisierung der Lebensverhältnisse zu beobachten. Wie aber können die Belange

Einzelner bei politischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt werden, ohne das demokratische Prinzip zu unterlaufen? Dieser Frage gehen wir im Themenschwerpunkt aus historischer und juristischer Perspektive nach. Lesen Sie mehr ab S. 12.



Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Nr. 81

6
Kurz notiert
Nachrichten aus Wissenschaft und Forschung

8
Im Gespräch
Der Historiker Helmuth Trischler über Wissenschaftskommunikation

Fokus

12
Das Individuum im Zentrum demokratischer Entscheidungen

14
Wir oder ich?
Der Einzelne als Gegenstand politischer Entscheidungen

18
Mein Körper, die Politik und ich
Wie der heutige Gesundheitsboom entstand

24
Wahlwerbung im analogen Zeitalter
Wahlkampfstrategien der Bonner Republik

28
Wahlwerbung im digitalen Zeitalter
Individuell und zielgenau: das Phänomen Microtargeting

32
Identität, Politik und das Recht
Zum Schutz von Minderheiten in der Demokratie

Fotos: Martin Fengel; Valentina Schuster



S. 42 | Viele offene Fragen: Ein neues Projekt untersucht das Olympia-Attentat von 1972.

37
Auf den Punkt
Anette-Gabriele Ziegler über Typ-1-Diabetes-Screening

38
Lesezeit
mit Heike Paul

40
Kurz vorgestellt
Fragen an neue Akademiemitglieder

Forschung

42
„Da liegt noch vieles im Dunkeln“
Ein Projekt zur umfassenden Aufarbeitung des Olympia-Attentats 1972

48
Pre-Prints – Akzeptanz und Nutzung in Bayern
Ergebnisse einer Umfrage zu einer jungen Publikationsform

52
Freiheit und Sicherheit
Über ein zentrales Spannungsfeld in modernen Demokratien

56
Bayerische Ortsnamen im Dialekt
Ein Projekt zur Sicherung des kulturellen Erbes in Bayern

60
Akademie intern

62
Termine und Mediathek / Impressum

64
Lieblingsstück

Unser Titelbild

zeigt eine Arbeit der Grafikdesignerin und Digital Artist Sophia Krasomil (Leipzig). Sie hat sich für den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe mit der Frage „Wir oder ich“ in demokratischen Gesellschaften auseinandergesetzt und in der ihr eigenen Formensprache Objekte und Illustrationen entwickelt, die das Spannungsfeld zwischen dem Individuum und der Mehrheit bei politischen Entscheidungen ausloten.



875

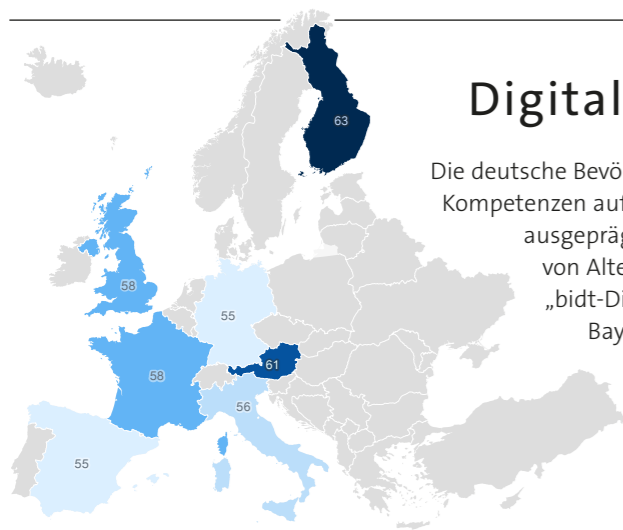
gegründet, ist das Kollegiatstift Unserer Lieben Frau zur Alten Kapelle eine der ältesten bis heute bestehenden Institutionen von Regensburg. Die Edition der Inschriften erschien vor Kurzem im Rahmen des BAdW-Inschriftenprojekts (Reichert Verlag).



Selenskyj bleibt auf ausländische Unterstützung angewiesen.

Wie geht es weiter in der Ukraine?

Trotz der Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland blieb der erhoffte große Gegenschlag der Ukraine bisher aus. Auch die diplomatischen Friedensbemühungen führten zu keinem Ergebnis. Wie wird es in der militärischen Auseinandersetzung weitergehen? Über mögliche Szenarien sprachen in der BAdW zwei ausgewiesene Kenner Osteuropas: der Politologe Carlo Masala und der Historiker Martin Schulze Wessel. Sie diskutierten über die Sprache der Macht ebenso wie über die internationale Sicherheitsordnung und die lange Geschichte der russischen Expansion nach Westen. Veranstaltung verpasst? badw.de/mediathek



Digitalbarometer international

Die deutsche Bevölkerung weist im europäischen Ländervergleich schwache digitale Kompetenzen auf. Zusätzlich ist die digitale Kluft in Deutschland besonders stark ausgeprägt: Digitale Kompetenzen sind in keinem anderen Land so abhängig von Alter und Geschlecht. Diese und weitere Erkenntnisse liefert das neue „bidt-Digitalbarometer.international“, eine repräsentative Umfrage des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation (bidt) der BAdW und des SZ-Instituts der „Süddeutschen Zeitung“ in sieben europäischen Ländern. **Zur Studie: bidt.digital**



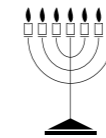
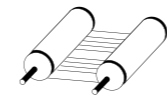
POLITISCHER SALON BERLIN

Was bedeutet das Ende der Zeitzeugenschaft für die Erinnerungskultur? Zu dieser Frage lud Staatsminister Florian Herrmann die Akademiemitglieder Mirjam Zadoff (NS-Dokumentationszentrum München) und Michael Brenner (LMU München) zu einem Politischen Salon in Kooperation mit der BAdW ein. In der Bayerischen Vertretung in Berlin diskutierten sie mit dem Publikum u. a. über zeitgemäße Jugendarbeit und neue Formate der Museumspädagogik.

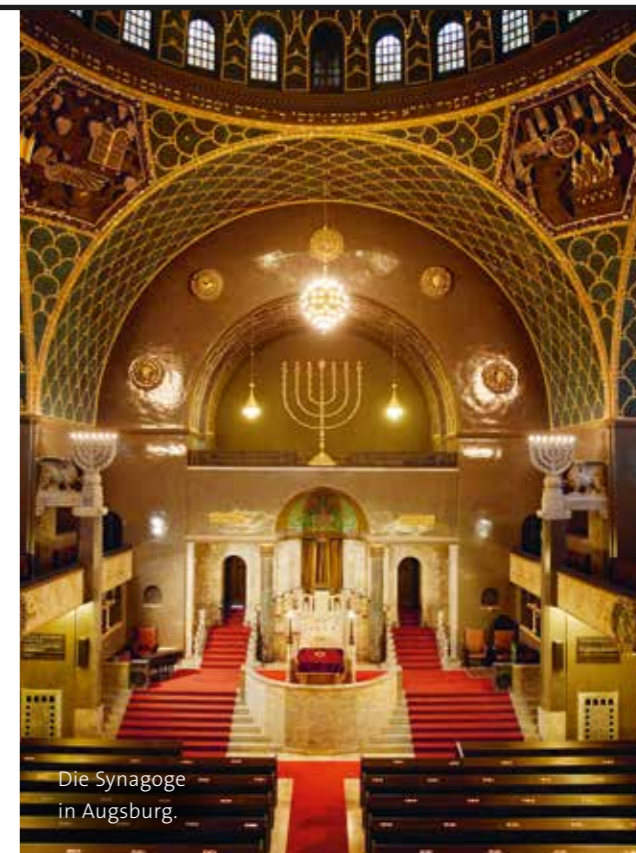
Zusammenstellung: ak/el

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com; Grafik: bidt

JÜDISCHES LEBEN IN BAYERN



Beim 3. Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“, zu dem der Antisemitismusbeauftragte Ludwig Spaenle nach Nürnberg einlud, stellte Bernd Päßgen die Arbeit der Ad hoc-AG „Judentum in Bayern“ der BAdW vor. Ziel war es, Haupt- und Ehrenamtliche aus dem Bereich jüdisches Leben sowie Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden, aus dem Bildungsbereich und den Fachbehörden die Möglichkeit zu bieten, sich kennenzulernen, auszutauschen und sich über verschiedene Themen und Projekte zu informieren.



Die Synagoge in Augsburg.

Big Data aus dem All



Startschuss für eine neue Ära: terrabyte läuft nun im Regelbetrieb.

Die Plattform terrabyte ist eine unabhängige Analyseumgebung für Fernerkundungsdaten. Das Kooperationsprojekt von Leibniz-Rechenzentrum der BAdW und Deutschem Fernerkundungsdatenzentrum des DLR läutet eine neue Ära für die Verarbeitung von Erdbeobachtungsdaten ein.

Mehr dazu: lrz.de/presse

Fotos: Enno Kapitza; Alessandro Podo/LRZ; MQV; David Ausserhofer



Munich Quantum Valley unter neuer Leitung

Rudolf Gross übernahm zum 1. August 2023 die wissenschaftliche Leitung des Munich Quantum Valley. Gross ist seit mehr als 20 Jahren Wissenschaftlicher Direktor am Walther-Meißner-Institut der BAdW und Inhaber des Lehrstuhls für Technische Physik an der TU München. Mehr dazu: munich-quantum-valley.de

Neuer Generalsekretär für die Akademienunion

Die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften hat einen neuen Generalsekretär: Zum 1. September 2023 übernahm Mirko Schadewald die Geschäftsführung des Zusammenschlusses der acht deutschen Wissenschaftsakademien und tritt damit die Nachfolge von Dagmar Oertel an. Mehr lesen: akademienunion.de

„Vertrauen ist das A und O der Wissenschaftskommunikation“

Ein Gespräch mit **Helmuth Trischler** vom Deutschen Museum über die Bedeutung des Dialogs, künstlerische Interventionen in Ausstellungen und die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft.

Fragen **Christiane von Bary** und **Alexander Rudolph** — Foto **Dirk Bruniecki**

Das Deutsche Museum steht programmatisch an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit: Es präsentiert seinen Gästen Naturwissenschaft, Technik und ihre Geschichte und betreibt zugleich eigene Forschung. Wie hängen die beiden Bereiche zusammen? Wir sind eines der acht integrierten Forschungsmuseen in Deutschland, die in der privilegierten Situation sind, mehr Ressourcen als andere Museen zu haben. Deswegen können wir Ausstellungen noch stärker aus der Wissenschaft heraus gestalten. Unsere Ausstellungen fußen auf vorheriger Forschung, auf Begleitforschung und auf Folgeforschung, die auf Ideen basiert, die sich aus einer Ausstellung ergeben. Daraus kann wiederum eine neue Ausstellung entstehen. Man könnte von einer epistemischen Spirale sprechen. Es geht um die Integration der drei Pfeiler eines Museums: Forschungsinfrastruktur, Forschung und

Wissenschaftskommunikation. Andere würden vielleicht Wissenschaftstransfer sagen, aber wir sprechen bewusst von Wissenschaftskommunikation, weil wir partizipativ denken wollen.

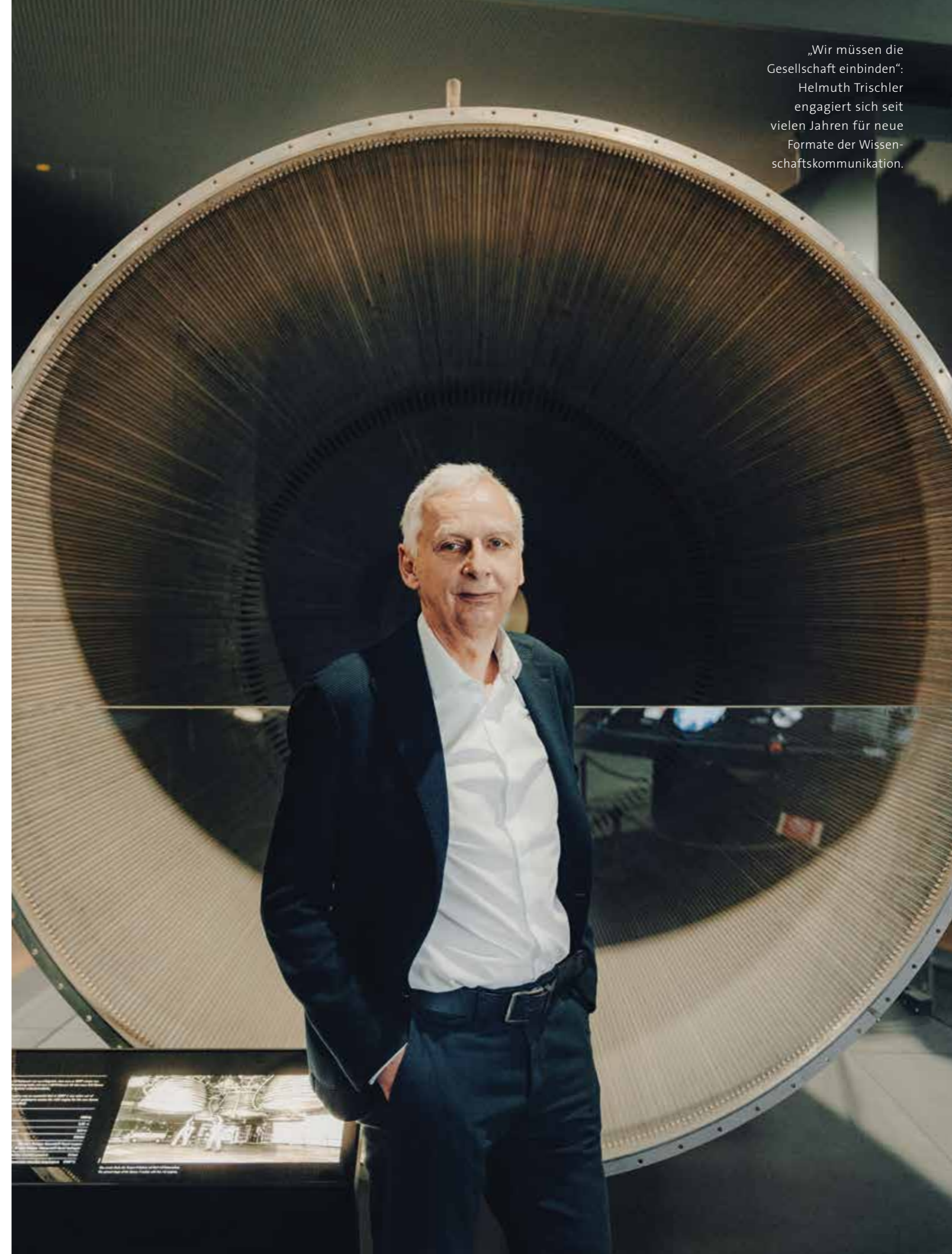
Was bedeutet das konkret?

Uns ist das Dialogische wichtig. In unserem Science Communication Lab führen wir Experimente in dialogischer und partizipativer Wissenschaftskommunikation durch. Seit zwei Jahren betreiben wir zudem mit der LMU und weiteren Partnern das Munich Science Communication Lab on Planetary Health. Hier kann man von einem Dreieck sprechen: der Forschungskompetenz zu Wissenschaftskommunikation, der fachlichen Forschung zur planetaren Gesundheit und der Praxis der Wissenschaftskommunikation, die wir als Museum bieten können. So kommen wir weg von einer linearen Kommunikation aus der Wissenschaft heraus.

Eine Einladung, sich mit neuen wissenschaftlichen Perspektiven zu beschäftigen, formulierte auch eine Ausstellung, die Sie mit konzipiert haben. Sie hieß „Willkommen im Anthropozän“ und fand von 2014 bis 2016 statt. Zu dem Zeitpunkt war das „Anthropozän“ als Bezeichnung für das geologische Zeitalter, das wesentlich durch den Menschen geprägt ist, noch wenig verbreitet. Das steigerte den Bedarf an Wissenschaftskommunikation. Was waren Ihre Strategien?

Die Ausstellung wurde aus der Wissenschaft heraus geboren und versuchte intensiv, aktuelle Fragestellungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie ging hervor aus dem Rachel Carson Center for Environment and Society, das mein Kollege Christof Mauch und ich in Kooperation von LMU München und Deutschem Museum aufgebaut haben. Wir hatten von Beginn an geplant, nicht nur Fellowships zu vergeben und Konferenzen zu

„Wir müssen die Gesellschaft einbinden“: Helmuth Trischler engagiert sich seit vielen Jahren für neue Formate der Wissenschaftskommunikation.



veranstalten, sondern auch eine große Ausstellung zu einem Thema zu machen, das Natur und Kultur, Umwelt und Gesellschaft integriert. Die Idee, sie dem Anthropozän zu widmen, fand ich einerseits sehr überzeugend, weil das Thema die Rolle des menschlichen Faktors und zugleich die konstitutive Bedeutung von Wissenschaft und Technik umfasst. Andererseits war der Begriff kaum bekannt, und wir fragten uns, ob es sinnvoll ist, eine Ausstellung zu machen, wenn sich die Leute unter dem Titel kaum etwas vorstellen können. Aber letztlich hat uns das angespornt, den Begriff in die Öffentlichkeit zu transportieren. Deshalb haben wir von Beginn an ein finanziell gut ausgestattetes Bildungsprogramm integriert, mit vielen verschiedenen Formaten und Zielgruppen. Wir haben etwa einen Science Comic mit einer Gruppe von Studierenden der Universität der Künste Berlin erstellt, auch die Anthologie „all dies hier, Majestät, ist deins. Lyrik im Anthropozän“ ist im Zusammenhang mit der Ausstellung entstanden, und es gab zahlreiche Begleitveranstaltungen.

Welche partizipativen Elemente beinhaltete die Ausstellung?

Ein besonderes partizipatives Element war, dass wir die Besucherinnen und Besucher am Ende eingeladen haben, ihre Gedanken zur Frage, was sie sich von der Zukunft erwarten, in Briefen aufzuschreiben. Tausende Briefe sind so entstanden. Wir haben sie ausgewertet und teils in Bücher gebunden, die dann wieder in der Ausstellung zu sehen waren. Man merkte: Die Besucherinnen und Besucher fühlten sich ernst genommen und auch mitgenommen in dem, was sie bewegt.

Ein so brisantes Thema wie der geologische Fußabdruck des Menschen hat auch politische Dimensionen. Hatten Sie den Anspruch, politisch zu sensibilisieren?

Das ist immer eine Gratwanderung im Museum. Wie sehr kann oder soll ein Museum Interessen vertreten? Die Autorität von Museen, gerade im Bereich Wissenschaft und Technik, beruht darauf, dass sie über den Interessen stehen. Das Museum ist in vielem eine Beglaubigungsinstanz. Das ist ein in 200 Jahren angehäuften Kapital, das man auch verspielen kann, indem man sich zu sehr

normativ äußert. Im Deutschen Museum hatten wir deshalb lange die Haltung: Wir geben keine Antworten, wir geben Argumente für Antworten. Aber es gibt Themen, die doch stärker fordern, Position zu beziehen. Die Anthropozän-Ausstellung lieferte auf verschiedenen Ebenen durchaus mehr als nur Argumente. Es gab auch starke interventionistische Elemente, etwa beim Thema Biodiversität und invasive Arten. Die Ausstellung machte klar, dass unsere Form von kapita-

„Inwieweit kann es die Öffentlichkeit aushalten, dass es verschiedene wissenschaftliche Wahrheiten gibt?“

listischer Warenproduktion und Ressourcennutzung zu Problemen führt und wir Alternativen brauchen, wie wir die wenig umweltgerechte Verteilung von Ressourcen verändern können. Tatsächlich aber haben wir das gar nicht so selten der Kunst überlassen und für solche Positionierungen auf die Kreativität von Künstlerinnen und Künstlern zurückgegriffen.

Warum eignet sich gerade die Kunst zur politischen Sensibilisierung?

Ich sehe das Potential der Kunst auch darin, zu irritieren, ungewöhnliche Perspektiven zu eröffnen und die Gäste anzuregen, andere Fragen zu stellen und sich selbst Antworten zu geben. Das führt zur Infragestellung festgefahrener Denkmuster,

und dies ist vielleicht die höchste Form der Wissensvermittlung. Eines der interessantesten Objekte der Ausstellung in dieser Hinsicht stammte von der Gruppe „NextNature“ aus Eindhoven. Sie erfand eine neue technische Spezies, den „rasorius gillettus“, also den Gillette-Rasierer. Diese technische Spezies hat sich vom Einklingenrasierer bis zum modernen Rasierer mit sieben Klingen entwickelt, und dazu gab es einen Stammbaum mit Erklärung der evolutionären Prinzipien, die wie bei Darwin auf dieses Gerät wirken. Hier wurde also provokativ in den Raum gestellt, dass evolutionäre Prinzipien der Natur auch in der Technik gelten. Eine andere Installation war die Galerie des Anthropozäns mit Satellitenaufnahmen, die zunächst alle wunderschön aussahen. Aber wenn man genauer hinsah, zeigte sich etwa der idyllische blaue See in einer Wüste in China als Kali-Senke und damit als Umwelt-Kloake überdimensionalen Ausmaßes.

Man merkt, dass Sie mit Leidenschaft dabei sind, wenn Sie von Ihrer Arbeit im Museum sprechen. Dabei hat Sie kein typischer wissenschaftlicher Karriereweg dorthin geführt. Wie kamen Sie dazu, das Museum und diese spezielle Kommunikationsform mit Ihrer Tätigkeit zu verbinden?

Kontingenz oder Kairos? (lacht) Ich war Allgemeinhistoriker und bin es vom Selbstverständnis heute noch. Vor allem über meine Habilitation zur Geschichte der Luft- und Raumfahrtforschung bin ich, was ich nie antizipiert hätte, in die Wissenschafts- und Technikgeschichte gerutscht. Im Anschluss bot mir der damalige Generaldirektor des Deutschen Museums eine feste Stelle als Kurator für Luftfahrt an, die ich für ein gutes Sprungbrett hielt. Aber dann wurde am Museum eine neue Stelle international ausgeschrieben: Leiter der Forschung, verknüpft mit einer Professur an der LMU München. Ich bekam sie zu meinem Glück und werde nun sicherlich so wahrgenommen, dass ich vor allem Wissenschafts-, Technik- und Umweltgeschichte betreibe, obwohl ich mich nicht nur in dieser Schublade sehe.

Sie kennen den eher geisteswissenschaftlich geprägten historischen Bereich sowie den auch naturwissenschaftlich

geprägten technischen. Nehmen Sie Unterschiede in der Kommunikation wahr? Zunächst muss man sagen, dass die Community der Wissenschafts- und Technikgeschichte heterogen ist. Da gibt es Kolleginnen und Kollegen, die haben in Physik promoviert; andere kommen etwa aus der Kunstgeschichte und eignen sich das Fachwissen nachträglich an. Es ist die Stärke des Feldes, dass es so interdisziplinär ist. Aber Unterschiede gibt es natürlich, und das sehen Sie ganz gut, wenn Sie unsere Dauerausstellungen anschauen. Manche sind historisch-chronologisch aufgebaut, etwa die zur Luftfahrt. Andere sind fachsystematisch orientiert und funktionieren im Grunde wie ein Lehrbuch, etwa die zur Atomphysik. Und dann gibt es die Ausstellung zu Foto und Film, in der kulturwissenschaftliche Konzepte wie die des Dispositivs strukturierend sind. Wahrscheinlich macht das Deutsche Museum genau diese Vielfalt attraktiv.

Müssten die Universitäten auch mehr kommunizieren?

Das ist eine sehr gute und virulente Frage. Wie professionell soll Wissenschaftskommunikation sein? Soll sie sich ausdifferenzieren und zu einem eigenen Feld mit professionellen Kommunikatorinnen und Kommunikatoren werden, die beides gelernt haben, Wissenschaft und Kommunikation? Oder sollen eher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befähigt werden zu kommunizieren? Ich glaube, wir brauchen beides. Fatal wäre, wenn die Wissenschaftskommunikation nur noch in professionalisierte Stäbe käme. Denn letztlich lebt sie auch von der Authentizität desjenigen, der kommuniziert. Wenn wir in der Corona-Krise eine Erfahrung gemacht haben, dann, dass Vertrauen in der Wissenschaftskommunikation das A und O ist. Wissenschaft basiert immer auf Vertrauen, aber gerade an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit ist Vertrauen enorm wichtig. Eine damit verbundene Frage ist: Wie weit reicht die Ambiguitätstoleranz in der Öffentlichkeit? Inwieweit kann sie es aushalten, dass es verschiedene wissenschaftliche Wahrheiten gibt und Personen, die, basierend auf ihrer disziplinspezifischen Evidenzkultur, mit unterschiedlichen Wahrheiten aufwarten? Die Grunderkenntnis der

Foto: Deutsches Museum



„Willkommen im Anthropozän“: Das Deutsche Museum organisierte 2014 die weltweit erste Ausstellung zu diesem Zukunftsthema, mehr als 180.000 Gäste folgten der Einladung.

„Ohne Zweifel muss sich Wissenschaft mehr als je zuvor in der Öffentlichkeit verantworten.“

Fragilität und Vorläufigkeit allen Wissens muss immer wieder vermittelt werden.

Stellte man früher die Autorität von Museen oder Universitäten weniger infrage? Anders gefragt: Ist der Bedarf an Wissenschaftskommunikation gestiegen, weil der Bedarf an Legitimierung gestiegen ist? Unbedingt. Ohne Zweifel muss sich Wissenschaft mehr als je zuvor in der Öffentlichkeit verantworten. Und das ist gut so. Wir leben in einer Wissensgesellschaft, und das bedeutet, dass wissenschaftliches Wissen als eine Form von Wissen in Konkurrenz zu anderen Wissensformen steht: zu implizitem Wissen, theologischem Wissen, indigenem Wissen und so weiter. Dadurch besteht eine strukturelle Deutungskonkurrenz. Die Wissenschaft kann nicht darauf bauen, dass die Öffentlichkeit ihr bedingungslos und unhinterfragt Vertrauen entgegenbringt. Wissenschaft muss sich stets neu gegenüber der Öffentlichkeit legitimieren. Sie muss sich nicht nur stärker interdisziplinär organisieren, sondern auch die Gesellschaft partizipativ und ko-kreativ einbinden.

Was Sie beschreiben, verträgt sich nur bedingt mit der Spezialisierung in der Forschung. Sind das gegenläufige Trends?

Ja. Wir müssen deshalb wegkommen von der Idee, dass an den Universitäten einzig professionelle Pressestellen für die Wissenschaftskommunikation verantwortlich sind. Wir brauchen neue Ordnungsmuster in der Produktion und Nutzung von Wissen. Und wir müssen den Mut haben, mit neuen Formaten zu experimentieren.

Prof. Dr. Helmut Trischler

leitet den Bereich Forschung am Deutschen Museum und lehrt Neuere und Neueste sowie Technikgeschichte an der LMU München. Mit Christof Mauch leitet er das Rachel Carson Center for Environment and Society der LMU München.

Das Gespräch führten die Juristin **Dr. Christiane von Bary** und der Germanist **Dr. Alexander Rudolph** (beide LMU München). Sie sind Mitglieder im Jungen Kolleg der BAdW, wo sie sich auch in der AG „Wissenschaftskommunikation“ engagieren.

Wir oder ich?

Liberalen Demokratien basieren auf dem Prinzip der Mehrheit. Ziel politischer Entscheidungen ist es deshalb, die Interessen eines möglichst großen Teils der Bevölkerung im Blick zu behalten. Zugleich haben sich seit einigen Jahrzehnten die Lebensverhältnisse zunehmend individualisiert, und Partikularinteressen

sind verstärkt in den Fokus gerückt. Wie können individuelle Bedürfnisse in politischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt werden, ohne dabei demokratische Prinzipien zu unterlaufen? Dieser Frage gehen wir im Themenschwerpunkt aus historischer und juristischer Perspektive nach.

Das Individuum im Zentrum

Von **Christian Walter**
und **Andreas Wirsching**

Das **interdisziplinäre Forschungsprojekt** „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ beleuchtet in dieser Ausgabe aus verschiedenen Blickwinkeln die Frage, wie der Einzelne zum Gegenstand politischer Entscheidungen gemacht werden kann.

Wenn wir über politisches Entscheiden nachdenken, kommt uns nicht primär das Individuum in den Sinn. Stattdessen denken wir an Parlamente, Regierungen, vielleicht auch an (Verfassungs-) Gerichte. In der Demokratie sind Entscheidungsprozesse in allen drei Gewalten meist kollektiv organisiert. Es geht um Verfahren und Prozesse, an deren Ende – nach Möglichkeit unter Beteiligung einer breiteren Öffentlichkeit – Entscheidungen getroffen werden können. Auf den ersten Blick scheinen das Individuum und Individualisierungsprozesse in modernen Gesellschaften deshalb unmittelbar nur wenig mit dem politischen Entscheiden zu tun zu haben.

Bei näherem Hinsehen wird aber klar, dass moderne westliche Demokratien in hohem Maße durch die Aufklärung und die mit ihr verbundene Ausrichtung des politischen Denkens auf das Individuum geprägt sind. Es ist also

ganz unvermeidlich, dass politisches Entscheiden auch eine individuelle Dimension aufweist. Das gilt ebenso für die Legitimation dieser Entscheidungen im kollektiven Wahlakt. Sogar der universelle Menschenrechtsschutz kennt nämlich die individuelle Dimension von Wahlen in Form des aktiven und passiven Wahlrechts als klassischem politischen Individualrecht. Aber dieses Wahlrecht realisiert sich nur in längeren periodischen Abständen. Abgesehen von den wenigen Beispielen direkter Demokratie führt es nicht selbst zu politischen Entscheidungen, sondern es dient der Legitimation von Repräsentationsorganen, denen die Aufgabe des Entscheidens übertragen wird. Das Wahlrecht beruht zudem auf dem Gedanken einer individuellen, autonomen Entscheidung bei seiner Ausübung. Deshalb müssen Wahlen nach Art. 38 des Grundgesetzes unter anderem „frei“ und „geheim“ sein.

Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Es ist ganz unvermeidlich, dass politisches Entscheiden auch eine individuelle Dimension aufweist.

thema in der digitalen Welt fort. Dort sind die Möglichkeiten für eine individualisierte Ansprache einerseits größer und wohl auch subtiler. Andererseits scheint aber die Gefahr keineswegs nur in der (möglicherweise unbemerkten) Beeinflussung zur Stimmabgabe in eine bestimmte Richtung zu liegen, sondern auch in Ausschlusswirkungen und Tendenzen zur Bildung weitgehend hermetischer Gruppen. Philipp Scheurer greift diese Gefahr gleich zu Beginn seines Beitrags unter dem Stichwort der „Identitätspolitik“ auf und fragt, ob und inwiefern das Bundesverfassungsgericht mit seiner Rechtsprechung zu den Wirkungen der Grundrechte solchen Segregationstendenzen Vorschub leistet. Dabei verteidigt er einerseits die Minderheitenschützende und insofern die für das Spannungsverhältnis von Individuum und Gemeinschaft zentrale Rolle der Grundrechte und arbeitet andererseits heraus, dass ihr Schutz durch die Gerichtsbarkeit nicht mit einer „Identitätspolitik“ durch den Staat und seine Organe verwechselt werden darf.

Einflussnahme auf Entscheidungen

Aber wie „frei“ sind wir als Wählerinnen und Wähler bei unseren Entscheidungen wirklich? Es ist die zentrale Rolle von Wahlkämpfen, Einfluss auf das Abstimmungsverhalten zu nehmen und die Wählenden zu überzeugen. In den hier nachfolgenden Beiträgen berichtet Daniel Stienen über Formen der Wahlbeeinflussung in der analogen Wahlkampfwelt. Dabei zeigt sich, dass den dort zur Verfügung stehenden Instrumenten Grenzen gesetzt sind, wenn es darum geht, individuelle Bedürfnisse zu adressieren. Im Vordergrund standen deshalb über lange Zeit gruppenbezogene Ansprachen. Der Beitrag von Laura Jung führt das Wahlkampf-

Das Spannungsverhältnis zwischen der für alle verbindlichen politischen Entscheidung einerseits sowie dem Schutz individueller Präferenzen und Eigenarten andererseits wird im einleitenden Beitrag von Judith Grosch besonders pointiert

sichtbar. Was könnte individueller sein als der eigene Körper, und wo ließen sich Individualität und Autonomie plausibler beanspruchen als bei Entscheidungen mit Bezug zum eigenen Körper? Die historische Betrachtung zur Entstehung des Gesundheitsbooms zeigt aber, dass es auch hier von den Anfängen in den 1960er Jahren bis zu den jüngsten Erfahrungen massiver Freiheitsbeschränkungen im Zuge der Pandemiebekämpfung immer auch um ein Ausräumen des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft geht.

Am Ende demonstrieren die vier Beiträge, dass das Individuum letztlich doch den Fluchtpunkt jeder politischen Entscheidung bildet. Wir sehen es zwar nicht unmittelbar, wenn wir nur den Entscheidungsprozess als solchen betrachten. Aber es ist für seine Legitimation unerlässlich. In Auseinandersetzungen über den akzeptablen Umfang kollektiver Beschränkungen einerseits und die Reichweite individueller Freiheit andererseits verhandeln demokratische Gesellschaften zugleich immer auch über ihre Identität als Kollektiv.

Prof. Dr. Christian Walter

ist Professor für Völkerrecht und Öffentliches Recht an der LMU München. Er ist Mitglied der BAfW und Co-Leiter des 2021 gestarteten BAfW-Projekts „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“.

Prof. Dr. Andreas Wirsching

ist Professor für Neueste Geschichte an der LMU München und Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München—Berlin. Er ist Mitglied der BAfW und Co-Leiter des BAfW-Projekts „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“.

Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie

Das interdisziplinäre BAfW-Forschungsprojekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ untersucht seit 2021 politische Entscheidungskulturen von den 1950er Jahren bis heute und legt dabei den Fokus auf das Davor statt das Danach politischer Entscheidungen. Es vereint Rechts- und Geschichtswissenschaft und fragt nach der Zeitstruktur demokratischer Entscheidungen, der Komplexitätssteigerung, der Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie, nach Demokratie und Geschlecht, der Gewaltenteilung und der politischen Sprache.
demokratie.badw.de



Wie „frei“ sind wir als Wählerinnen und Wähler bei unseren Entscheidungen wirklich?

Mein Körper,

Wie der heutige **Gesundheitsboom** entstand



1980

1960

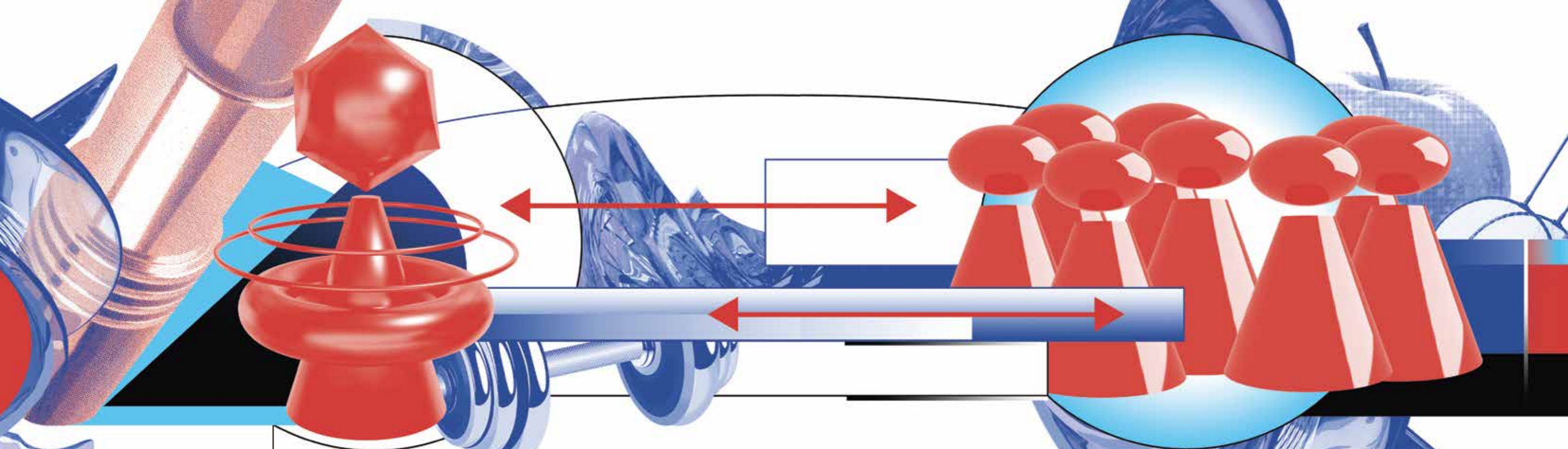
1970

Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Von Judith Anouschka Grosch

die Politik

und ich



Wie kann ich trainierter, gesünder, schöner werden? Um diese und vergleichbare Fragen drehen sich millionenfach Zeitschriftenartikel, Podcasts, Instagrambeiträge und alltägliche Konversationen – von den Gedanken Tausender Menschen beim Blick in den Spiegel ganz zu schweigen. Die optische Gestaltung des Körpers als Strategie der Selbstoptimierung ist zu einem Signum unserer Zeit geworden: Fitnessstudios, Kalorientracker, Haarfärbemittel, Make-up, Tattoos, Schönheits-OPs – der Körper ist mehr denn je Objekt gezielter Modellierung. Die Optik soll dabei offenbar einen doppelten Zweck erfüllen, der zuweilen widersprüchlich erscheint: Einerseits wird der Körper zum ultimativen Ausdruck der eigenen Individualität. Andererseits wünschen sich viele Menschen, einem Schönheitsideal zu entsprechen, das oft wenig variabel und sehr einheitlich wirkt. Dieser inhärente Widerspruch zwischen dem Wunsch nach Individualität auf der einen Seite und dem Streben nach uniformen Idealen auf der anderen beschränkt sich aber nicht auf den Körper allein: Das Aussehen soll schließlich als Ausdruck der Identität fungieren, die durch den Körper nach außen getragen wird und

Einerseits trug der Staat Verantwortung, den Bürger präventiv vor Gefahren zu schützen, andererseits konnte er auch nicht zu prohibitiv vorgehen und Menschen in ihrer individuellen Entscheidungsfreiheit einschränken.

die selbst zwischen Leistungsdenken und Individualitätsrechtfertigungsmustern schwankt.

Körperbilder im Wandel

Doch woher kommt dieses spezifische Körperbild, und wie erklärt sich der ihm inhärente Widerspruch? Die Antwort auf diese Fragen hängt eng mit den politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland zusammen. Schließlich setzt der Gedanke, ein Individuum zu sein und der Körper Teil und Besitz eines selbst, ein demokratisches Staatssystem voraus. Lange Zeit war die Hoheit über den eigenen Körper in erster Linie Frage und Ausdruck des Standes oder der sozialen Schichtzugehörigkeit. Vor allem so etwas wie einen demokratischen Körper, bei dem alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe und Geschlecht – über die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten verfügten, gab es nicht. In der Zeit des Nationalsozialismus erreichte der Körperkult neue Ausmaße, der imaginierte „Volkskörper“ war aber rassistisch und national gedacht und alles andere als individuell. Erst das demokratische System der Nachkriegszeit schuf die Voraussetzung für ein individualistisches Körperbild.

Auch lösten sich in den Jahrzehnten nach 1945 mehr und mehr einheitliche Identitätskonzepte auf: Nicht nur die Nationalitätszugehörigkeit als identitäre Orientierungskategorie wurde zunehmend in Frage gestellt, sondern auch bürgerliche Identitätsmerkmale. Deutlich wurde das etwa mit den sogenannten „Gammlern“ der 1960er Jahre. In weiten Klamotten und mit langen Haaren erregten sie in der Öffentlichkeit vor allem Aufmerksamkeit durch demonstratives Nichtstun und galten als unmöglich tolerierbare Vertreter einer alarmierend faulen Generation. Ihr selbsterklärter politischer Zweck hingegen war es, ein Statement gegen bürgerliche Konventionen und das kapitalistische Leistungsdenken zu setzen. Ohne explizit feministische Zielsetzungen torpedierten die „Gammler“ außerdem auch klassische Geschlechtermerkmale, indem sich Frauen und Männer optisch einander annäherten.

Was die „Gammler“ klein begonnen hatten, setzte sich bald größer, wenn auch mit jeweils anderen Schwerpunkten, weiter durch: Die sexuelle Revolution der 1960er Jahre, die 68er-Bewegung, die Frauenbewegung der 1970er Jahre, das linksalternative Milieu mit seinen Kommunen der späten 1970er und in ihm wachsend die sogenannte

Der Fokus auf Gesundheitsgefahren, die im Alltag lauerten, schrieb dem Staat die Rolle zu, den Bürger und die Bürgerin vor einer neuartigen Bedrohung zu schützen: vor sich selbst.

Männerbewegung der frühen 1980er Jahre: Von dort aus kommend wurden klassische Identitätskategorien peu à peu hinterfragt und dekonstruiert. Insignien von Männlichkeit und Weiblichkeit wurden spätestens in den 1980er Jahren auch popkulturell kritisch verhandelt, neue Orientierungswerte fanden zunehmend ihren Weg in den Mainstream. Mit zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und einer steigenden Scheidungsrate fielen außerdem klassische Lebenslaufmodelle und althergebrachte Familienbilder als verlässliche identitäre Ausrichtungskategorien weg. Alternativ führte die Suche nach Identität ins Innere, die Frage nach Selbstfindung kam auf, und neue spirituelle Bewegungen im New Age entstanden. Die gleichzeitige Aufwertung der Psychologie und eine neue Emotionskultur führten zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der eigenen Emotionswelt und dem „innersten Ich“.

Gesundheit im Fokus

Teil dieser neuen „Sorge um sich selbst“ war das vermehrte Aufkommen gesundheitlicher Debatten, die in den 1970er

Sein Leben individuell und frei, aber auch gesundheitsfördernd und selbstoptimierend zu strukturieren, wird heute als Zeichen einer demokratisch-freien Gesellschaft gelesen, ist aber gleichzeitig zu einem stillen Imperativ geworden.

Jahren stark zunahm und vor allem die 1980er Jahre in bis dato ungekanntem Ausmaß prägten. Nicht nur medial ging es dabei um Aids, Krebs, Pestizide und Tabakkonsum. Auch politisch wurden Gesundheitsthemen zunehmend diskutiert und auf die Agenda gesetzt: Das 1961 gegründete Gesundheitsministerium, das sich in seinen ersten Jahren lediglich auf die Regelung und Instandhaltung des Gesundheitssystems konzentrierte, weitete seine Kompetenzen im Laufe der 1970er Jahre zunehmend aus und sah sich dann nach diversen und zunehmend medial aufgearbeiteten Gesundheitsskandalen um Contergan und Asbest auch wachsendem Verantwortungsdruck ausgesetzt. Während der Staat sich lange vor allem in der Rolle sah, seine Bürger und Bürgerinnen vor Gefahren zu schützen, die von außen kamen, verschob sich der Fokus nun auch auf Bedrohungen, die aus dem eigenen System und aus der übermächtig wirkenden Wirtschaft zu kommen schienen – Feindbilder waren etwa die Zuckerindustrie und die Tabaklobby. Doch vor allem verbargen sich die potentiellen Gefahren im Lebensstil: Bewegte man sich nicht genug, trank oder aß man falsch, barg das bereits Risiken. Dieser Fokus auf Gesundheitsgefahren, die im Alltag lauerten, schrieb dem Staat die Rolle zu, den Bürger und die Bürgerin vor einer neuartigen Bedrohung zu schützen: vor sich selbst.

In dem Moment, in dem die Politik den Menschen vor sich selbst bewahren musste, geriet sie in einen Grundkonflikt, der heute noch viele (gesundheits-)politische Debatten prägt: Einerseits trug der Staat Verantwortung, den Bürger präventiv vor Gefahren zu schützen, andererseits konnte er auch nicht zu prohibitiv vorgehen und Menschen in ihrer individuellen Entscheidungsfreiheit einschränken. Viele Gefahren ließen sich jedoch auch deshalb nicht bannen, weil die Politik bald vor der individuellen Lebensgestaltung der Menschen kapitulieren musste: Der „Lebensstil“ der Menschen – ein politisches Trendwort der Zeit – war zu unterschiedlich ausgeprägt, sodass Angebote wie etwa die Trimm-dich-Pfade der 1970er Jahre sich immer geringerer Beliebtheit erfreuten. Als Haupttaktik der Gesundheitspolitik blieb daher die Aufklärung, die mehr und mehr ausgeweitet

Sport wurde zu einem Teil der Leistungsoptimierung für den marktwirtschaftlichen Erfolg und der Körper gleichzeitig zum Ausdruck der eigenen Leistungsfähigkeit.

wurde, etwa in Form der Warnhinweise auf Tabakprodukten.

Der Körper im Wettbewerb

Doch je mehr der Einzelne zu einem gesunden Lebensstil motiviert werden sollte, umso mehr wurde die Verantwortung zum gesundheitserhaltenden und -fördernden Handeln in die Hände der Menschen selbst gelegt. Diese Eigenverantwortung ging im Zeitalter des Neoliberalismus Hand in Hand mit einer wachsenden freien Marktwirtschaft. Die Krisen der 70er Jahre leiteten ein Ende des Wirtschaftsoptimismus und des Fordismus ein, und es begann die Zeit der befreiten Märkte, die alle Menschen in einen großen Wettbewerb miteinander eintreten ließ. Die neue Sportkultur war nur eine Ausprägung dieser Entwicklung: Firmen veranstalteten Läufe, das „Manager Magazin“ predigte Bewegung, um sich für die Arbeit auch langfristig fit zu halten, viele Unternehmen boten Gymnastikstunden in der Mittagspause an. Sport wurde zu einem Teil der Leistungsoptimierung für den marktwirtschaftlichen Erfolg und der Körper gleichzeitig zum Ausdruck der eigenen Leistungsfähigkeit. „Dicke“ hingegen wurden als „Bürger zweiter Klasse“ gesehen, so schrieb „Der

Spiegel“ 1978, und ein paar Kilo zu viel galten nicht mehr als Wohlstandsmerkmal, sondern als Zeichen von Armut und mangelnder Disziplin. Mit der sich ausbreitenden Konsum- und Freizeitgesellschaft verschob sich zugleich das Sportmachen in das Privatleben. Fitnessstudios schossen aus dem Boden, Bodybuilding als Extremauswuchs der körperlichen Modellierung erfuhr medial breite Aufmerksamkeit, neue Trendsportarten entstanden, und Marathonläufe verzeichneten Mitmach-Rekorde. Zudem entstanden neue, fitte Heldenfiguren sowohl in Film und Fernsehen als auch unter Sportlerinnen und Sportlern, die zu Stars avancierten.

Trotz kritischer Stimmen wie etwa in der Body-Positivity-Bewegung wirken manche Werte bis heute geradezu änderungsbeständig: Fit, schön und erfolgreich soll man sein. Sein Leben individuell und frei, aber auch gesundheitsfördernd und selbstoptimierend zu strukturieren, wird heute als Zeichen einer demokratisch-freien Gesellschaft gelesen, ist aber gleichzeitig zu einem stillen Imperativ geworden. Auch die Krankenkassen haben Individualitätsdenken und Eigenverantwortung in ihre Systeme integriert und werben inzwischen mit Vergünstigungen, die man sich etwa mit einem Besuch im Fitnessstudio erarbeiten kann. Gleichzeitig haben die Coronapolitik und die emotional geführte Impfdébatte erneut gezeigt, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass ein demokratischer Staat in die Lebensgestaltung und den Umgang mit dem eigenen Körper eingreifen darf. Wie sehr freie Entfaltungsmöglichkeit wirklich frei macht, wo staatliche Eingriffe in Lebensgestaltung und Körper als einschränkend und wo sie als schützend wahrgenommen werden, wird auch weiterhin Thema gesellschaftspolitischer Aushandlungen sein.

Judith Anouschka Grosch

ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ der BADW.

Wahlwerbung im analogen Zeitalter

Wie individuell ließ sich Wahlwerbung vor dem Siegeszug des Internets und der sozialen Medien gestalten?
Ein Blick in die **Wahlkampfstrategien der Bonner Republik.**

Von **Daniel Benedikt Stienen**

Alle Jahre wieder, wenn Wahlkampf ist, werben die politischen Parteien um die Gunst der Wählerschaft. Im gemeinsamen Wettbewerb sind die Erfolgsaussichten der Partei am größten, die jede einzelne Wählerin und jeden einzelnen Wähler möglichst passgenau auf dessen individuelle Interessen und Bedürfnisse anspricht. Dazu haben die Parteien im Verlauf der Modernisierung bundesdeutscher Wahlkämpfe seit 1945 verschiedene Strategien entwickelt.

So gewannen Umfrageergebnisse bereits in der Frühphase der Bundesrepublik eine wichtige Bedeutung. Aus ihnen konnten Wahlkämpferinnen und -kämpfer Präferenzen des Wahlvolkes herauslesen. Seit 1953 erfolgten am Wahltag repräsentative Nachwahlbefragungen, was den Parteien eine retrospektive Einschätzung der Wahlkampfanstrengungen bei einzelnen Bevölkerungsgruppen erlaubte. Wichtiger noch war die seit den 1950er Jahren zunehmende Bedeutung von Meinungsforschungsinstituten, die die Parteien im Wahlkampf berieten.

Einteilung in Zielgruppen

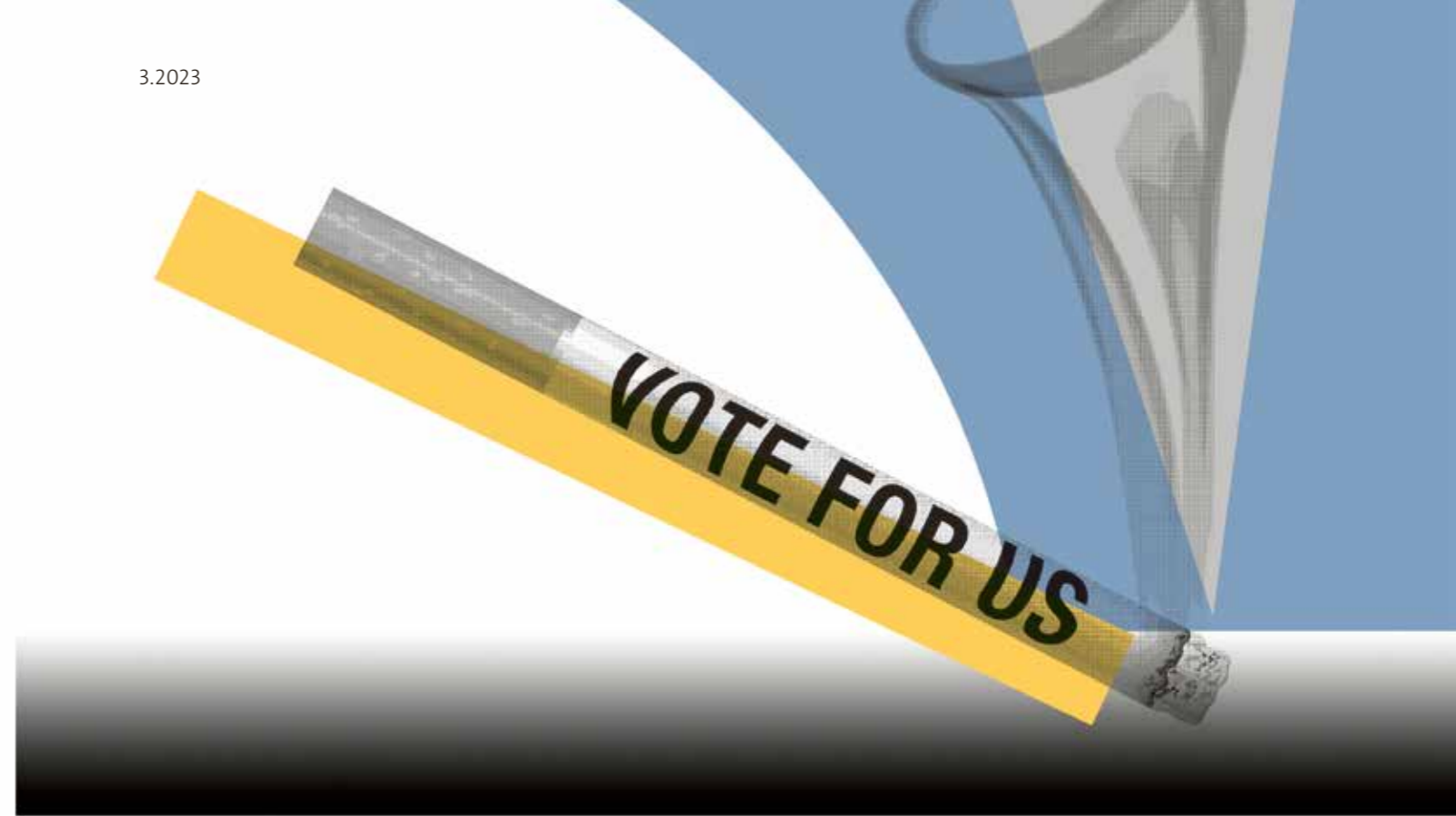
Die regelmäßige Befragung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erlaubte eine „demoskopische Zergliederung des politischen Körpers“ (Anja Kruke), ein Durchleuchten der Wählerschaft anhand individueller Merkmale: Das Wissen um Alter und Geschlecht, Bildung und Beruf, konfessionelle und regionale Zugehörigkeiten sollte eine maßgeschneiderte Ausrichtung der Wahlwerbung mit größtmöglicher Durchschlagskraft sicherstellen. Durch diese Methode ließen sich neue Wählerschichten erschließen, sie benötigte indes aber auch „ein erhebliches Maß an Zeit, Geld, Geduld und Kleinarbeit“, wie ein SPD-Wahlkämpfer 1965 feststellte.

Seinen Ausdruck im Wahlkampf fand dieser Prozess in der Identifikation von Zielgruppen, die einer besonderen Ansprache bedurften. So konzentrierte etwa die CDU in den 1950er Jahren ihre Wahlwerbung auf Frauen, da laut Umfragen diese Gruppe besonders positiv auf

Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Das Wissen um Alter und Geschlecht, Bildung und Beruf, konfessionelle und regionale Zugehörigkeiten sollte eine maßgeschneiderte Ausrichtung der Wahlwerbung mit größtmöglicher Durchschlagskraft sicherstellen.

Veränderungen des Wählerverhaltens führten in den 1980er Jahren dazu, dass das Vertrauen in soziodemografische Erklärmodelle der Wahlentscheidung schwand.



die Schwerpunkte der Partei reagierte. Die SPD widmete 1961 Frauen, Angestellten, Landwirten, Gewerkschafterinnen, Katholiken und Jungwählerinnen besondere Aufmerksamkeit. Die FDP hingegen identifizierte 1965 den gehobenen Mittelstand und die Selbständigen als Zielgruppen, während sie sich 1987 dazu entschied, vor allem Jugendliche und Senioren anzusprechen.

Gezielte Ansprache

Die Werbemittel, die dabei zum Einsatz kamen, wurden als Teil des Marketings in Zusammenarbeit mit professionellen Werbeagenturen von Grafikerinnen und Werbetextern auf ein Höchstmaß an Wirkung getrimmt. Vielfach ließ man sich für einzelne Zielgruppen etwas Besonderes einfallen. Flugblätter, die sich an bestimmte Personenkreise richteten, verteilte die CDU bereits 1953. In Frauen- oder Jugendmagazinen wurden gezielt Anzeigen geschaltet. Auch Journalisten, Lehrerinnen und Ärzte erhielten als Multiplikatoren besondere Aufmerksamkeit. „Eine Aktion, die stets bei Wahlen erforderlich sein wird“, wie es 1965 in der SPD-Wahlkampfzentrale hieß, waren

Erstwählerbriefe: Briefe an junge Wählerinnen und Wähler, in denen die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten um Stimmen warben. Wahlkampflogos wurden auf bestimmte Gruppen abgestimmt, wie „Alter ist, was wir draus machen“ und „Frauen auf Touren“ (beide SPD, 1990).

Nicht allen Werbemitteln wird man den erhofften Erfolg zusprechen dürfen. Die sogenannte „Rentenscheibe“ der SPD aus dem Jahr 1965, ein aus zwei zusammenmontierten Pappscheiben bestehender Rentenrechner, „erschien selbst politisch Interessierten zu kompliziert“, so ein resignierter Wahlkämpfer. Give-aways wie den Putzschwamm mit aufgedrucktem Wahlkampflogo, der in der CDU-Frauenkampagne von 1972 Verwendung fand, würde man heutzutage wohl nicht wieder verteilen.

Die 1970er Jahre stellten schließlich die Hochphase der soziodemografischen Bestimmung von Zielgruppen dar. Danach ist ein Abebben festzustellen. Veränderungen des Wählerverhaltens führten in den 1980er Jahren dazu, dass das Vertrauen in soziodemografische Erklärmodelle der Wahlentscheidung schwand. Schlussfolgerungen waren eine auf die

jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten zugeschnittene Personalisierung der Wahlkämpfe und die Auswahl von Themen, die möglichst breite Teile der Bevölkerung ansprachen. Lediglich der jungen Wählerschaft wurde weiterhin besondere Aufmerksamkeit zuteil. Ihr wurde bescheinigt, noch kein gefestigtes Weltbild zu haben, und mangels ausgeprägter Parteibindung galt sie als lohnendes Wählerreservoir. Bis heute. Und so sind es vor allem die Jugendorganisationen der Parteien, die mithilfe von Kleinwerbmitteln um die Sympathien junger Leute werben. Darunter etwa: selbstklebende Notizzettel (Post-its), wie sie auch im Universitätsalltag Verwendung finden, Zigarettenpapiere – und Kondome.

Dr. Daniel Benedikt Stienen

ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ der BAfW.

Wahlwerbung im digitalen Zeitalter

Das Internet macht eine neue Form der individuellen und zielgenauen Wahlwerbung möglich: das **Microtargeting**. Rechtliche Antworten auf ein neues Phänomen.



Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Von Laura Jung

Plattformen im Netz verfolgen gezielt die Daten-
spuren, die Menschen im Internet hinterlassen.
So können sie ihr Verhalten analysieren und vorhersagen.

Wahlkämpfe setzen seit jeher auf den Haustürwahlkampf, die Präsenz auf Marktplätzen und in den Medien. Die klassische Wahlkämpferin versucht dabei stets, verschiedene Zielgruppen anzusprechen und sie von ihrer Politik zu überzeugen. Gleichzeitig findet ein immer größerer Teil des Wahlkampfes im Internet statt. Dort prägen neue Methoden des politischen Microtargeting Wahlkämpfe, die mittlerweile weltweite Verbreitung gefunden haben. Spätestens seit dem Datenskandal um Cambridge Analytica 2018 sind diese besonders zielgenauen Mittel der Wahlwerbung

aus, die wir fast alle im Netz hinterlassen, etwa wenn wir dort einkaufen, herumstöbern oder mit anderen kommunizieren. Nahezu alle diese Aktivitäten finden auf Internetplattformen und Suchmaschinen statt, deren Geschäftsmodell sich grob in drei Schritte gliedern lässt: dem Gewinnen von Daten, ihrer Analyse und Bewertung und abschließend der individualisierten Ansprache. Politisches Microtargeting unterscheidet sich in seiner Funktionsweise nicht grundlegend vom kommerziellen Marketing auf Plattformen wie Instagram und Amazon. Das liegt daran, dass politisches Microtargeting auf den

scharfer Kritik ausgesetzt, schreibt man ihnen doch Einfluss auf das Brexit-Referendum und die Wahl Donald Trumps zu. Wissenschaftlich versucht man seither, Probleme mit diesen besonders zielgenauen Ansprachetechniken besser zu beschreiben, und fragt danach, welche Grenzen ihnen rechtlich zu setzen sind.

Was ist Microtargeting?

Was aber versteht man konkret unter politischem Microtargeting, und was ist problematisch daran? Die Methoden des Microtargeting gehen von Datenpunkten

Mechanismen und erprobten Funktionsweisen der Produktwerbung basiert.

Betrachtet man einen beliebigen Nutzer sozialer Netzwerke, ergeben sich seine Interessen durch vielfache Datenpunkte. Diese Daten stellt er bewusst und noch mehr unbewusst zur Verfügung. Dazu zählt etwa die Verweildauer auf bestimmten Anzeigen, aber auch die Frage, bis zu welchem Punkt Artikel gelesen und Videos angesehen werden. Plattformen im Netz verfolgen gezielt die Datenspuren, die Menschen im Internet hinterlassen. So können sie ihr Verhalten analysieren, kategorisieren und

schließlich vorhersagen. Solche Profile bilden den Ausgangspunkt für gezielte Werbekampagnen. Man spricht auch vom sogenannten Targeting. Dabei schalten Werbetreibende zielgruppenorientiert Anzeigen, die sich nach Zeit, Ort und in der Aufmachung unterscheiden.

Einsatz von KI

Microtargeting setzt sich davon nur graduell ab: Es stellt ein noch feinkörnigeres Vorgehen dar, bei dem unter Einsatz Künstlicher Intelligenz insbesondere psychometrische Verfahren genutzt werden. Diese Verfahren beruhen auf der Analyse von langfristigen Persönlichkeitsmerkmalen, aber auch von schwankenden emotionalen Lagen. Auf dieser Grundlage passt die Software neben den Inhalten auch die Darstellungsform an. Wahlwerbung ist trotzdem nicht individuell, da stets mehr als eine Person sie angezeigt bekommt. Die Profile und die Methoden des Microtargeting ermöglichen aber, viele verschiedene Gruppen zu bilden. Diese Gruppen überlappen sich nur teilweise und erhalten unterschiedliche, auf sie abgestimmte Wahlwerbung.

Durch die Gruppierung in immer kleinere Einheiten kann nach und nach die gemeinsame Diskussionsgrundlage der Öffentlichkeit schwinden.

Unterwanderung demokratischer Repräsentation

Rechtliche Probleme wirft politisches Microtargeting nicht nur in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf. Auch verfassungsrechtlich bietet das Prinzip der demokratischen Repräsentation einen neuen Ansatzpunkt, politisches Microtargeting als potentiell demokratiegefährdend einzustufen. Problematisch sind insbesondere Gruppierungstendenzen sowie die strategische Demobilisierung. Durch die Gruppierung in immer kleinere Einheiten kann die gemeinsame Diskussionsgrundlage der Öffentlichkeit schwinden. Demokratische Repräsentation aber beruht auf Kompromissfindung, die nicht die einzige rationale Lösung eines Problems darstellt, sondern stets Ergebnis von Aushandlung und Diskussion ist. Microtargeting kann diese Kompromissfindung erschweren, die auf einen gemeinsamen Referenzrahmen angewiesen ist.

Vergangene Wahlkämpfe konnten zeigen, dass sich Microtargeting zudem besonders gut eignet, um bestimmte Gruppen vom Wählen abzuhalten.

Wahlkämpferinnen und -kämpfer senken also die Wahlbeteiligung strategisch in Gruppen, von denen sie sich keine Stimmen erhoffen. Demokratische Repräsentation lebt aber von der Beteiligung breiter Anteile der Bevölkerung. Strategische Demobilisierung ist daher hoch problematisch.

Neuere europarechtliche Verordnungen und Entwürfe adressieren das Microtargeting, auch da es demokratische Wahl- und Repräsentationsprozesse negativ beeinflussen kann. Dabei steht im Vordergrund, bewusst zu machen, wie zielgenau und als Teil welcher Gruppen man angesprochen wird. Ob die neuen Regeln ausreichen, können erst zukünftige Wahlkämpfe zeigen.

Dr. Laura Jung

ist Juristin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ der BADW.

Die Methoden des Microtargeting gehen von Datenpunkten aus, die wir fast alle im Netz hinterlassen, etwa wenn wir dort einkaufen, herumstöbern oder mit anderen kommunizieren.

Identität, Politik und das Recht

Wieso das Bundesverfassungsgericht keine **Identitätspolitik** betreibt, obwohl es den Einzelnen in den Mittelpunkt staatlichen Entscheidens stellt.

Von **Philipp Scheurer**

Verfolgen wir politische Debatten, begegnet uns häufig das Thema der Individualisierung und dabei vor allem das Herausstellen kollektiver Identitäten. Gruppen, die nach individuellen Merkmalen bestimmt sind – z. B. junge Menschen, Personen mit Migrationshintergrund oder geschlechtliche und sexuelle Minderheiten –, fordern, dass ihre Belange im demokratischen Diskurs mehr Berücksichtigung finden. Dies wird häufig – meist in abschätzigem Ton – als „Identitätspolitik“ bezeichnet. Diese Betonung des Trennenden, so die Kritik, bewirke keine reale Verbesserung für benachteiligte Menschen. Vielmehr verschleierte „Identitätspolitik“ soziale Ungleichheiten, so der Vorwurf von Saha Wagenknecht in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ aus dem Jahr 2021. Der Rechtsprofessor Peter Oestmann illustrierte in seinem Artikel „Folgen des Identitätsdenkens – Die Personalisierung des Rechts“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Januar 2023 seine Befürchtung eines Rückfalls in den Ständestaat, wenn sich das Denken in Identitäten nun auch rechtlich manifestiert. Der Begriff der Identitätspolitik war indes nicht immer nur negativ konnotiert. Er hat seinen Ursprung in den

USA der 1970er Jahre. Afroamerikanische Feministinnen wollten einen Perspektivwechsel der damals gängigen Politik erreichen, indem sie ihre – bislang marginalisierte – Identität in den Mittelpunkt politischer Betrachtungen stellten.

Progressive Initiativen des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht ist eine zentrale Institution unseres Rechts- und Verfassungssystems. Die Karlsruher Richter sind dabei in der Tat als verlässlicher Partner von Minderheiten und als Garant des Auslebens der Identität von Menschen wahrgenommen worden. Bereits im Jahr 1978 erreichte das Bundesverfassungsgericht, dass der damals noch westdeutsche Gesetzgeber das sogenannte „Transsexuellengesetz“ erließ. Neben Schweden wurde die Bundesrepublik durch den Impuls des Bundesverfassungsgerichts Vorreiterin in der Anerkennung der Identität transgeschlechtlicher Menschen, auch wenn das Gesetz heute berechtigter Kritik ausgesetzt ist, bereits vielfach auf Initiative des Bundesverfassungsgerichts selbst geändert wurde und durch ein Selbstbestimmungsgesetz

Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Ja, das Bundesverfassungsgericht ist an einer Individualisierung demokratischen Entscheidens beteiligt.

Das Bundesverfassungsgericht hat die schwere Aufgabe, Dysbalancen zwischen Mehrheit und Einzelnen in demokratischen Entscheidungen zu erkennen.

ersetzt werden soll. Ferner förderte das Gericht die stetige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare zur Ehe, indem es die Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zur Ehe in vielen Fragen wie etwa dem Steuer- und dem Adoptionsrecht seit 2009 stets auf die politische Agenda setzte und den Gesetzgeber aufforderte, sich dazu zu verhalten. Im Jahr 2017 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass intersexuelle Menschen ihre geschlechtliche Identität jenseits von „weiblich“ und „männlich“ durch einen diversen Geschlechtseintrag im Geburtenregister nachvollziehen lassen können. Der Philosoph und Politologe Uwe Steinhoff warf dem Gericht wegen dieser Entscheidung implizit vor, ideologisch beeinflusst gewesen zu sein und eine der „Geschlechtsidentitätspolitik [...] folgende[n] Rechtsprechung“ zu betreiben.

Zu fragen ist also: Ist das Bundesverfassungsgericht an einer Individualisierung demokratischen Entscheidens beteiligt? Ist es damit ein Verbündeter der so gescholtenen „Identitätspolitik“, und betreibt es eine Politik, die der demokratischen Mehrheitsentscheidung zuwiderläuft?



Illustration: Sophia Krasomil für Akademie Aktuell

Das Individuum im Mittelpunkt

Um es kurz zu sagen: Ja, das Bundesverfassungsgericht ist an einer Individualisierung demokratischen Entscheidens beteiligt. Dies ist aber ausdrücklich zu begrüßen. Denn es ist der zentrale Zweck von Verfassungsgerichten in einer Demokratie, die Rechte und somit auch die Identitäten von Personen in ein ausbalanciertes Verhältnis zu Mehrheitsentscheidungen zu bringen. Dies gilt insbesondere für das Bundesverfassungsgericht. In Abkehr zum nationalsozialistischen Terror, in dem die Belange Einzelner keinen Wert hatten, rückten die Mütter und Väter des Grundgesetzes das Individuum in den Mittelpunkt allen staatlichen Handelns. Denn das Grundgesetz beginnt mit dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dabei meint das Grundgesetz jeden Menschen, gleichgültig, welche individuellen Merkmale er hat und unabhängig davon, ob er eine außergewöhnliche Identität hat, also Angehöriger einer strukturellen Minderheit ist. Alle Menschen sind nach dem Grundgesetz gleich!

Nun kann man sich fragen: Ist es demokratisch, wenn Mehrheitsentscheidungen

Das Bundesverfassungsgericht erfüllt lediglich seinen verfassungsrechtlichen Auftrag und verhindert den Missbrauch einer Mehrheits-herrschaft.

aufgehoben werden, weil der Einzelne nicht genug Berücksichtigung findet? Ist es nicht die Logik einer Demokratie, dass sich nicht jeder durchsetzen kann? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Denn eine Demokratie muss handlungsfähig sein. Aus diesem Grund muss eine Mehrheit auch die Fähigkeit haben, sich zu entscheiden und ihre Entscheidung in die Realität umzusetzen.

Gegen eine „Tyrannei der Mehrheit“

Eine Mehrheit kann ihre Entscheidungsmacht jedoch auch leicht missbrauchen. Dafür steht exemplarisch die deutsche Geschichte zwischen 1933 bis 1945. Vor diesem Hintergrund warnte Konrad Adenauer bereits vor der Gründung der Bundesrepublik in Anlehnung an die Beobachtungen der jungen USA durch Alexis de Tocqueville vor einer „Tyrannei der Mehrheit“. Dies ist der Grund, warum Adenauer für die Kontrolle der demokratischen Mehrheitsentscheidung durch ein starkes Verfassungsgericht plädierte, das der Parlamentarische Rat durch das Bundesverfassungsgericht im Grundgesetz schließlich vorsah und das sich in der Verfassungspraxis solch eine Rolle erarbeiten konnte.

Das Bundesverfassungsgericht hat die schwere Aufgabe, Dysbalancen zwischen Mehrheit und Einzelnen in demokratischen Entscheidungen zu erkennen. Denn Mehrheitsentscheidungen können denklogisch nicht jede Person in ihrer Individualität vollständig berücksichtigen. Wenn einzelne Personen sich nicht ausreichend durch politische

Entscheidungen gewürdigt fühlen, besteht deshalb nicht stets die unmittelbare Gefahr einer „Tyrannei der Mehrheit“. Dennoch gibt die Verfassung dem politischen Entscheidungsprozess vor, dass er die Menschenwürde eines jeden Menschen, gleichgültig, ob er Teil der entscheidenden Mehrheit ist oder nicht, zur Richtschnur seines Handelns macht. Für den demokratischen Prozess selbst ist die Berücksichtigung der Rechte Einzelner oft schwierig, weil demokratische Willensbildung Mehrheitsprinzipien folgt. Wahlen gewinnt man, indem man die Interessen einer möglichst großen Gruppe umsetzt und dabei leicht die Belange kleinerer Gruppen vergisst. Diesen „Fehler“ gleicht ein Verfassungsgericht aus, indem es darauf achtet, dass auch Personen, die sich politisch nicht durchsetzen können, gehört werden. Man kann sicherlich über einzelne Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts geteilter Auffassung sein. Dennoch ist es wichtig, dass ein Organ die Aufgabe wahrnimmt, das „große Ganze“ in den Blick zu nehmen.

Auch über Identitätspolitik lässt sich trefflich streiten, und der Artikel will den gesamten Komplex der Identitätspolitik nicht abschließend bewerten. Festzuhalten aber ist: Das BVerfG betreibt durch seine Individualisierung politischer Entscheidungen keine „Identitätspolitik“, die Menschen in verschiedenwertige Gruppen einteilt oder sogar zu einem Rückfall in die Ständegesellschaft führt.

Freiheiten des Gerichts

Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Erstens kommt das Gericht durch das Heraus-

arbeiten des Individuums in politischen Entscheidungen seiner verfassungsrechtlich eingeräumten Aufgabe nach, den Gesetzgeber auf Ungleichgewichte zwischen der Mehrheit und dem betroffenen Individuum hinzuweisen. Zweitens betreiben die Richterinnen und Richter keine Politik. Denn sie setzen keine Ideologien oder parteipolitischen Strömungen um, sondern arbeiten auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten und sind anders als Politikerinnen und Politiker nicht auf eine (Wieder-)Wahl durch das Volk und damit auch nicht auf eine Beliebtheit in der breiten Bevölkerung angewiesen. Die Richterinnen und Richter argumentieren mit dem Gesetz und der vom Gericht in jahrzehntelanger Rechtsprechung entwickelten Dogmatik und üben sich in richterlicher Selbstzurückhaltung. Sie beziehen sich auf medizinische Erkenntnisse, etwa bei der Entscheidung zum dritten Geschlecht oder zur Transgeschlechtlichkeit. Die Entscheidung zum dritten Geschlecht bezog sich auf die medizinisch eng umgrenzten Fälle intersexueller Menschen, also solcher Personen, die biologisch keinem Geschlecht im binären Geschlechtermodell zugewiesen werden können. Dass jede Person das jeweilige Geschlecht nach freiem Willen (beliebig oft) ändern kann, folgt daraus nicht, auch wenn dies teilweise suggeriert wird. Diese komplexen Fragen werden momentan im Parlament debattiert, welches das Grundgesetz und auch das Bundesverfassungsgericht als den zentralen Ort für politische Richtungsentscheidungen vorsieht.

Es ist also festzuhalten, dass sich das Bundesverfassungsgericht für das Individuum einsetzt, dabei aber keine Identitätspolitik betreibt. Es erfüllt lediglich seinen verfassungsrechtlichen Auftrag und verhindert den Missbrauch einer Mehrheits-herrschaft.

Philipp Scheurer

ist Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ der BADW.

Freiwilliges Typ-1-Diabetes-Screening für alle!

Illustration Martin Fengel

Ein Kommentar von
Anette-Gabriele Ziegler



Prof. Dr. Anette-Gabriele Ziegler leitet das Institut für Diabetesforschung bei Helmholtz Munich, lehrt an der TU München und ist BADW-Mitglied.

Die häufigste Stoffwechselstörung aufgrund einer Autoimmunerkrankung bei Kindern ist Typ-1-Diabetes. Trotz aller Bemühungen, über die wichtigsten Symptome aufzuklären, wird Typ-1-Diabetes aber bei über einem Drittel aller Betroffenen erst in Notfallsituationen durch schwere Stoffwechselentgleisungen entdeckt.

Menschen mit Typ-1-Diabetes müssen ein Leben lang Insulin spritzen – ihre Inselzellen der Bauchspeicheldrüse stellen nicht mehr ausreichend eigenes Insulin her. Der Grund: Das Immunsystem zerstört die körpereigenen Inselzellen. Insulin reguliert unseren Blutzucker und versorgt die Körperzellen mit Nahrung. Stoffwechselentgleisungen sowie anhaltende zu hohe Blutzuckerwerte können sich negativ auf den Verlauf des Typ-1-Diabetes und Folgeerkrankungen auswirken.

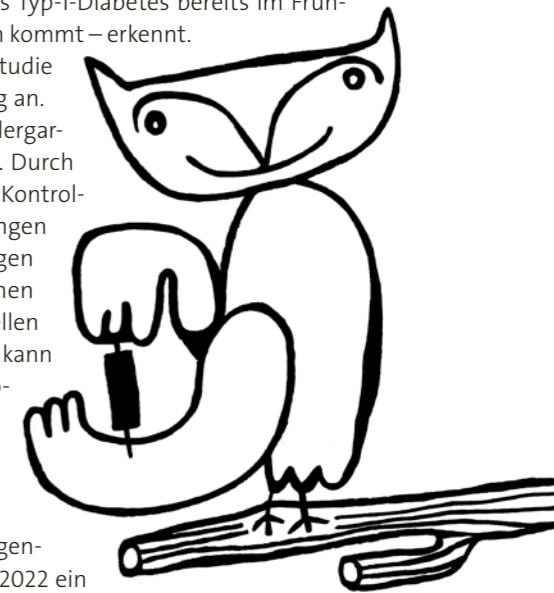
Eine Chance, um die Therapie und die Lebensperspektive deutlich zu verbessern, bietet ein Screening auf Inselautoantikörper, das Typ-1-Diabetes bereits im Frühstadium – also bevor es zu klinischen Symptomen kommt – erkennt.

Derzeit bieten wir dieses im Rahmen der Frida-Studie in Bayern, Niedersachsen, Sachsen und Hamburg an.

Unsere Forschung zeigt: Ein Screening im Kindergarten- und Vorschulalter hat den größten Nutzen. Durch frühe Schulungen und regelmäßige medizinische Kontrollen können wir schwere Stoffwechselentgleisungen und anhaltende, unbehandelte Überzuckerungen vor der Diagnose vermeiden. Die Familien können sich individuell auf den Krankheitsverlauf einstellen und die Insulintherapie rechtzeitig beginnen. Das kann sich positiv auf das Diabetesmanagement, neurokognitive Schäden und Folgeerkrankungen auswirken. Die Diagnose im Frühstadium reduziert außerdem psychische Belastungen zu Beginn der Erkrankung und verbessert die Lebensqualität.

Ein weiterer Vorteil ist der Zugang zu vorbeugenden Therapiemöglichkeiten. In den USA ist seit 2022 ein Wirkstoff zugelassen, der den Ausbruch von Typ-1-Diabetes bei Kindern und Jugendlichen zwar nicht verhindern, aber um bis zu drei Jahre verzögern kann – wertvolle Zeit, die den entscheidenden Unterschied in der Vorbereitung auf Typ-1-Diabetes bietet. Für das Diabetesmanagement herausfordernde Lebensabschnitte wie Kindheit, Jugend und frühes Erwachsenenalter lassen sich hiermit überbrücken.

Wir sollten jedem Kind in Zukunft die Chance bieten, sich im Rahmen der Regelversorgung freiwillig auf sein persönliches Risiko für Typ-1-Diabetes testen lassen zu können – dass dabei das Recht auf Nichtwissen sorgfältig berücksichtigt und dies Hand in Hand mit Aufklärung und Schulungen der Eltern gehen muss, ist selbstverständlich.





Vom „Gurkenkönig“ bis in die Südstaaten der USA: Heike Paul, Akademiemitglied und Professorin in Erlangen, spannt einen weiten literarischen Bogen.

In unserer Buch-Kolumne fragen wir Angehörige der Akademie nach ihrer aktuellen Lektüre.

„Vorlesen, vorlesen, vorlesen“

Die Amerikanistin **Heike Paul**
über die Begeisterung für die Literatur

Was lesen Sie gerade?

Kürzlich habe ich die Autorin Anne Tyler (wieder-)entdeckt und lese ihr Œuvre gerade kreuz und quer. Sie schreibt bevorzugt über die weiße amerikanische Kleinfamilie und ihre kleinen und großen Dysfunktionalitäten. Am bekanntesten ist sicher ihr Werk „Breathing Lessons“ (dt. „Atemübungen“), für das sie den Pulitzer-Preis erhielt. Aber alle ihre Romane sind toll. Sie wird gemeinhin nicht gerade zur ersten Garde der amerikanischen Literaten gezählt, aber ich finde, dass sie einem Jonathan Franzen, einem John Updike (der im Übrigen ein großer Fan von ihr war) oder auch einer Elizabeth Strout in nichts nachsteht.

Welches Buch hat Sie zuletzt beeindruckt?

Ganz klar: Percival Everett, „The Trees“ (dt. „Die Bäume“) – ein Buch über die Geschichte des Lynching in den USA, brutal, bitter und zugleich sehr witzig. Das klingt erst einmal paradox. Die Handlung: Im kleinen Ort Money, Mississippi, muss in der Gegenwart eine mysteriöse Mordserie aufgeklärt werden, Leichen tauchen auf und verschwinden aber auch wieder. Anspielungen auf den brutalen Mord am 14-jährigen Emmett Till im Jahr 1955 durchziehen den Roman. Haben wir es hier mit einer späten Vergeltung zu tun? Bei den polizeilichen Ermittlungen gibt es jede Menge Situationskomik und (im doppelten Sinne) schwarzen Humor. Everett selbst hat dazu mal gesagt, er sei von Mark Twain beeinflusst.

Welches Buch verschenken Sie immer wieder?

Alle Romane von Karen Duve – von „Regenroman“ bis „Sisi“. Und Lukas Rietzschels „Mit der Faust in die Welt schlagen“ – wenn schon Wenderoman, dann dieser.

Wie begeistern Sie Kinder fürs Lesen?

Zunächst einmal: Vorlesen, vorlesen, vorlesen. Dann springt der Funke irgendwann über. Garantien gibt es dafür natürlich keine. Auf meiner Vorleseliste immer noch weit vorne: die Österreicherin Christine Nöstlinger – sowohl der „Gurkenkönig“ als auch die „Geschichten vom Franz“ (und der Gabi). Kinder lieben Sprachspiele und experimentieren gerne mit Wörtern und Reimen. Viel Spaß hatten wir mit „Alle Kinder: Ein ABC der Schadenfreude“.

Nach welchem System ordnen Sie Ihre Bücher?

Ach, da habe ich schon verschiedene Systeme ausprobiert. Nach Alphabet, nach Geschlecht (ganz früher, in einer radikal-

feministischen Phase, habe ich die Autorinnen von den Autoren getrennt), nach Land oder Sprache. Mittlerweile unterscheide ich nur noch Romane von nicht-fiktionaler Fachliteratur. Aber deshalb bin ich auch ständig am Suchen.

An welche Romanfigur müssen Sie immer wieder denken?

An Kerewin, die Hauptfigur aus „The Bone People“, dem großen Roman der kürzlich verstorbenen neuseeländischen Autorin Keri Hulme.

Können Sie Fiktion lesen, die in Ihrer Disziplin spielt? Wie gut gehen Genre und eigenes Fach zusammen?

Universitätsromane können recht witzig und unterhaltsam sein, gerade dann, wenn sie satirisch überspitzt daherkommen, so wie zum Beispiel Christoph Heins „Weiskerns Nachlass“ oder Julie Schumachers „Dear Committee Members“. Fragen: il



Die Akademie hat gewählt: 2023 nahm die Gelehrten-gemeinschaft wieder neue Mitglieder auf. Auch im Jungen Kolleg sind neue Kollegiatinnen und Kollegiaten hinzugekommen, die für die Dauer ihrer Förderung außerordentliche Mitglieder der Akademie sind. Wir stellen die Neuzugänge über das Jahr verteilt in „Akademie Aktuell“ vor.



Dr. Christoph Wiesinger

Dr. Christoph Wiesinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Dunkle Materie der TU München, an der er auch Studium und Promotion absolvierte. Er ist Mitglied im Jungen Kolleg der BAdW.

Wozu forschen Sie?

Meine Forschung konzentriert sich auf die Entwicklung untergrundarmer Halbleiterdetektoren zum Nachweis solarer Axionen. Zahlreiche Beobachtungen zeigen, dass lediglich ein Bruchteil unseres Universums durch bekannte Elementarteilchen beschrieben werden kann. Gleichzeitig treten Anomalien in der starken Wechselwirkung auf. Axionen könnten beide Probleme lösen.

Warum genau dieses Thema?

Als Wissenschaftler habe ich das Ziel, zum grundlegenden Verständnis unserer Umwelt beizutragen und somit einen langfristigen Fortschritt für unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Eine der größten Herausforderungen der modernen Physik ist es, die einzelnen Bestandteile unseres Universums aufzulösen, und genau diesem Ziel widme ich mich in meiner Forschung.

Was treibt Sie an?

Als Physiker liebe ich es, Probleme zu lösen. Obwohl unsere derzeitige Elementarteilchenphysik zahlreiche Prozesse bis ins Detail beschreiben kann, bleiben

grundlegende Fragen unbeantwortet. Die Natur dunkler Materie ist eine davon. Mit meiner Forschung möchte ich dazu beitragen, dieses kosmologische Rätsel zu lösen. Haben Sie ein (historisches) Vorbild in der Wissenschaft?

Lise Meitner ist eines meiner wissenschaftlichen Vorbilder. Als Pionierin auf dem Gebiet der Radioaktivität ist ihr Leben ein inspirierendes Beispiel dafür, wie man trotz Hindernissen und Widrigkeiten an seiner Forschung festhalten kann.

Wo würden Sie gerne leben?

Mein Traum ist es, an der Atlantikküste Portugals zu leben. Ich stelle mir ein kleines Haus mit einer geräumigen Küche vor, in der meine Partnerin, zwei große Hunde und ich den Blick auf das weite Meer genießen können.



Prof. Dr. Martina Giese

Prof. Dr. Martina Giese ist Lehrstuhlinhaberin für Mittelalterliche Geschichte und Historische Grundwissenschaften an der Universität Würzburg. Zuvor forschte und lehrte sie u. a. an den Universitäten Potsdam, Düsseldorf und Tübingen. Sie ist ordentliches Mitglied der BAdW.

Wozu forschen Sie?

Ich forsche zu kulturgeschichtlichen und politischen sowie kirchengeschichtlichen

Fragestellungen der Vormoderne. Besonders interessiert mich dabei die Beziehung des Menschen zu seiner Umwelt, konkret zu Tieren, und die Erschließung neuer Wissensbestände durch auf die handschriftlich überlieferte Tradition fokussierte Quellenarbeit, um bislang unbekannte oder wenig beachtete Textüberlieferungen in den wissenschaftlichen Diskurs einzuspeisen.

Wie haben Sie Ihr Fach für sich entdeckt?

Das war rückschauend betrachtet eine sukzessive Entwicklung, maßgeblich grundgelegt durch das an Geschichte und Politik herrschende Interesse in meinem Elternhaus sowie durch bereits in der Schule gesammelte Erfahrungen. Während des Studiums (zunächst Biologie und Geschichte im Lehramtsstudiengang) waren zwei Erlebnisse richtungsweisend: zum einen die Teilnahme an Veranstaltungen meines späteren Doktorvaters Rudolf Schieffer in Bonn ab 1992 sowie die Exkursion zur Hildesheimer Ausstellung über Bischof Bernward von Hildesheim (993–1022) im Jahr 1993. In der Zusammenschau hat mich beides so nachhaltig angespornt, dass ich den ursprünglichen Berufswunsch, Lehrerin zu werden, zugunsten der Verfolgung einer akademischen Laufbahn aufgegeben habe.

Was treibt Sie an?

Das Interesse an der Vergangenheit um des Wissen Wollens auf methodisch solider Basis, um toten Menschen eine Stimme zu geben, als dosiert ausgewählte Bereicherung unseres Wissens, als Kontrastfolie, Vergleichsmaßstab und Erklärungsangebot unserer Gegenwart; sodann das Bestreben, unsere Kenntnis über vergangene Epochen nicht allein durch neue Analysen altbekannter Quellen zu verbessern, sondern durch die Erschließung neuer Quellen zu erweitern;

Fotos: Riess Fotodesign; privat

nicht zuletzt die Hoffnung, die jeweils nächste Generation von Studierenden durch attraktive, fachlich und methodisch innovative sowie engagierte Lehre zu begeistern und anzuleiten auf diesem gemeinsamen Weg.

Mit welcher (auch historischen) Person würden Sie gerne diskutieren?

Mit weitem Abstand mit meinem Lieblingskomponisten Georg Friedrich Händel, dem „Meister von uns allen“.

Ich würde gerne ...

... ein Orchester dirigieren bzw. eine Operaufführung musikalisch leiten können, eine nach meiner Einschätzung unerreichte Höchstleistung im Bereich des momentgebundenen „Multitaskings“.

Welche Begabung hätten Sie gerne?

Das absolute Gehör.



Prof. Dr. Rainer Bromme

Prof. Dr. Rainer Bromme ist Senior Professor für Pädagogische Psychologie an der Universität Münster, wo er auch Mitglied des Zentrums für Wissenschaftstheorie ist. Zuvor lehrte und forschte er u. a. in Frankfurt am Main und in Bielefeld sowie als Gastprofessor in Haifa und Auckland. Er ist korrespondierendes Mitglied der BAdW.

Worüber forschen Sie?

Ich forsche zum öffentlichen „Vertrauen in Wissenschaft“. Mich interessieren dazu Ergebnisse aus Umfragen ebenso wie aus psychologischen Experimenten. Das „Vertrauen“ interessiert mich als ein Faktor im Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zur Wissenschaft. Dieses Verhältnis wird – im besten Falle – in der Schule vorbereitet (*scientific literacy*) und ist dann lebenslang relevant, einfach deshalb,

weil Wissenschaft für alle lebenslang bedeutsam ist. Dabei ist aus psychologischer Sicht auch interessant, wie wir – als Laien in vielen Bereichen – mit recht unvollständigem Wissen viele Aufgaben durchaus erfolgreich bewältigen.

Welche Frage wollen Sie mit Ihrer Forschung beantworten?

In meiner Forschung geht es um ein – empirisch begründetes – theoretisches Verständnis der psychologischen, sozialen und pädagogischen Bedingungen für „informiertes Vertrauen“ in Wissenschaft. Die beiden zusammenhängenden Fragen lauten also: 1. Was sollte man wissen, und wie sollte man urteilen, um ein kritisches und zugleich positives Verhältnis zur Wissenschaft zu „leben“? 2. Wie kann die Entwicklung dieses Wissens und dieser Urteilsfähigkeit in der Bildung und der Wissenschaftskommunikation unterstützt werden?

Was treibt Sie an?

Vergnügen daran, mit anderen zu interessanten Fragen (nicht nur aus der Wissenschaft!) zu diskutieren – und ab und zu dadurch gemeinsame Sichtweisen zu entdecken, zu spüren oder aber (das ist noch besser): zu entwickeln.

Mit welcher (auch historischen) Person würden Sie gerne diskutieren?

Mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die bereits vor vielen Jahren die Klimakrise vorhergesehen haben. Wo würden Sie gerne leben? Manchmal, oder besser gesagt zeitweise, in Neuseeland.



Dr. Golo Storch

Dr. Golo Storch ist Stipendiat des Emmy Noether-Programms der DFG und leitet eine Nachwuchsforschungsgruppe im Bereich Organische Chemie an der Technischen Universität

München. Forschungsaufenthalte führten ihn u. a. an die Yale University und an die Université de Toulouse. Er ist Mitglied im Jungen Kolleg der BAdW.

Wozu forschen Sie?

In meiner Forschungsgruppe synthetisieren wir neue Organokatalysatoren, die vom natürlichen Cofaktor Flavin (Vitamin B2) abgeleitet sind. Wir erforschen dabei nachhaltige Alternativen für bislang sehr ressourcen- und energieaufwendige chemische Umsetzungen. Im Mittelpunkt stehen Prozesse, die Luftsauerstoff als Oxidationsmittel oder sichtbares Licht als Energiequelle nutzen.

Warum genau dieses Thema?

Die Natur hat mit dem „Alleskönner“ Flavin einen Cofaktor entwickelt, der in Enzymen bei verschiedenen Reaktionen beteiligt ist. Diese Biosynthesewege sind (oft) sehr gut erforscht, und man kennt die einzelnen Teilschritte. Mich fasziniert das Ziel, von diesem Wissen zu profitieren und es im Fachgebiet der Organischen Chemie einzusetzen.

Was treibt Sie an?

Die tägliche Zusammenarbeit mit gleichfalls von der Chemie begeisterten Menschen und das gemeinsame Lösen von Aufgaben. Dabei ist es sehr erfüllend, Theorien und Hypothesen zu entwickeln und sie, gerade nach unerwarteten Resultaten im Labor, zu überdenken, zu überarbeiten und erneut zu validieren.

Welche Frage würden Sie gerne stellen – und wem?

Den Chemikern im zukünftigen 22. Jahrhundert, wie sich das Fach, die Schwerpunkte und die Methoden im Vergleich zur heutigen Zeit gewandelt haben.

Ich würde gerne ...

... sämtliche Botanische Gärten der Welt bereisen. Für mich sind sie ein idealer Ort für Ruhe und Inspiration.

Welche Begabung hätten Sie gerne?

Wird leider nicht in Erfüllung gehen: eine Erweiterung des sichtbaren Spektrums. Mit dem bloßen Auge die üblichen „weißen Feststoffe“ im Labor zu identifizieren, ist wohl der Traum vieler Organischer Chemiker.

Fragen: rz

Ein scharfer Einschnitt in die Hügellandschaft des Münchner Olympiaparks: der 2017 eröffnete Erinnerungsort für die Opfer des Attentats von 1972.

„Da liegt noch



vieles im Dunkeln“

Michael Brenner und **Andreas Wirsching**
im Gespräch über das
Olympia-Attentat 1972 und die nun begonnene
umfassende Aufarbeitung.

Foto: SZ/Stephan Rumpf

Herr Brenner, Herr Wirsching, Sie waren 1972 acht bzw. dreizehn Jahre alt. Welche Erinnerungen haben Sie an die Olympischen Spiele und das Attentat auf israelische Athleten?

Michael Brenner: Ich habe mich damals sehr auf meine erste Olympiade gefreut. Und sie war auch noch sozusagen vor der Haustür in Bayern. Als es so weit war, haben meine Eltern mit sehr viel Emotionen den Einmarsch der israelischen Sportler verfolgt, aber einige Zeit später kam der große Schock. Ich erinnere mich noch gut an die Bilder, die im Fernsehen flimmerten: von den Terroristen mit der Mütze über dem Kopf, später dem ausgebrannten Hubschrauber und an die Berichte von den Toten auf dem Flughafen von Fürstenfeldbruck. Das als Kind zu sehen, war ein ziemlicher Schock, weil wir sehr mit Israel verbunden waren. Wir hatten viel Familie dort und waren kurz vor der Olympiade von einer Urlaubsreise aus Israel zurückgekehrt. Das hat mich als Achtjährigen ziemlich berührt.

Andreas Wirsching: Ich kann mich an die Olympiade sehr gut erinnern, aber nicht an das Attentat. Und ich frage mich, ob das an mir und meiner selektiven Wahrnehmung als Jugendlicher liegt, oder ob es auch etwas mit der medialen Situation zu tun hatte. Ich muss aber Folgendes sagen: Wir waren zu der Zeit im Urlaub auf einer Alp in 2.000 Metern Höhe. Wir selbst hatten keinen Strom, nur Bekannte etwas weiter unterhalb von uns. Abends durfte ich dort fernsehen, und ich kann mich zum Beispiel sehr gut an Olga Korbut erinnern, die belarussische Turnerin. Sie war ein Superstar dieser Spiele. Auch an Ulrike Meyfarth, die als 16-Jährige den Hochsprung gewann, und an den Speerwerfer Wolfermann erinnere ich mich gut. Mit anderen Worten: Die sportlichen Highlights sind mir im Gedächtnis geblieben, das Attentat aber nicht.

In den letzten Jahrzehnten kam es zu zähen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Angehörigen der Opfer. Der Vorwurf der Hinterbliebenen: Die Bundesrepublik lasse offene Fragen zu den Hintergründen des Attentats gezielt unbeantwortet und versperre den Zugang zu wichtigen Akten. Um welche offenen Fragen handelt es sich genau?

„Der Umgang der BRD mit den Geschehnissen war bisher nicht sehr rühmlich. Ich glaube, da stimmen alle überein, auch die jetzige Bundesregierung.“

MB: Ich denke, da gibt es viele. Natürlich was die Versäumnisse während der missglückten Befreiungsaktion selbst betrifft – wie konnte es zu diesem desaströsen Ausgang kommen? Aber auch im Vorfeld, was frühere Bombenanschläge in München betrifft ...

... es hatte beispielsweise bereits 1970 einen Anschlag auf ein israelisches Flugzeug in München-Riem gegeben.

MB: Genau. Und vor allem die spätere Flugzeugentführung der „Kiel“ im Oktober 1972 – also wenige Wochen nach dem Attentat –, bei der die drei verhafteten palästinensischen Terroristen freigesetzt wurden. Da liegt noch vieles im Dunkeln.

AW: Insgesamt wurde das Attentat in der Bundesrepublik verdrängt. Es beginnt damit, dass man die fröhlichen Spiele mehr oder minder ungerührt weiterlaufen ließ. Das wäre heute schwer vorstellbar. Psychologisch ist da in meinen Augen eine Art Schockstarre eingetreten, die die deutschen Behörden daran gehindert hat, offen damit umzugehen und mit den Hinterbliebenen ein vernünftiges Verhältnis zu entwickeln. Und es gibt einen Punkt, von dem ich hoffe, dass wir da Klarheit reinbringen: Das ist die Entführung dieser Lufthansa-Maschine im Oktober 1972, die Michael Brenner bereits erwähnte. Es besteht der Anfangsverdacht, dass es einen Deal gab zwischen Deutschland und den Palästinensern.

Die BRD wollte sich aus dem Nahostkonflikt heraushalten und hatte großes Interesse daran, die Attentäter loszuwerden, um nicht ein weiteres Mal zur Zielscheibe eines palästinensischen Angriffs zu werden ...

AW: Ja. Dieser Verdacht ist relativ groß, beruht aber bislang auf Indizien. Das ist potentiell das Thema mit der größten Sprengkraft, zumal es nach meiner Wahrnehmung in der deutschen Öffentlichkeit bislang nicht sehr bekannt ist. Und es würde in dieses Bild passen, dass die Bundesrepublik auf ihren verschiedenen Ebenen, also tatsächlich angefangen bei der Bundesregierung, das Thema möglichst schnell loswerden wollte.

Der von der Bundesregierung einberufenen Kommission zur Aufarbeitung, die im September ihre Arbeit aufgenommen hat, wurde Zugang zu allen Akten versprochen. Was erhoffen Sie sich als Mitglied der Kommission von der Akteneinsicht?

MB: Ich wünsche mir, dass am Ende aus unserer Arbeit Berichte hervorgehen, die wirklich Licht ins Dunkel bringen; die aufgrund von Quellen, die bisher nicht einsehbar waren, neue Erkenntnisse bringen und sowohl die Auftraggeber, also die Bundesregierung, wie auch die Historikerinnen und Historiker und insbesondere die Angehörigen der Opfer zufriedenstellen. Wir haben eine gemischte Kommission mit deutschen, israelischen und auch einem britischen Mitglied, werden also international arbeiten. Und gerade in Israel wird die Öffentlichkeit das Ganze sehr interessiert verfolgen.



Das Olympia-Attentat 1972

In den frühen Morgenstunden des 5. September 1972 nahmen acht palästinensische Attentäter der Terrorgruppe „Schwarzer September“ elf israelische Athleten bei den Olympischen Sommerspielen in München als Geiseln. Das Attentat endete in der Nacht zum 6. September in einem Blutbad: Alle Geiseln sowie ein deutscher Polizist und fünf Attentäter wurden getötet, die drei überlebenden Geiselnnehmer verhaftet. Nach einem Trauertag wurden die Olympischen Spiele fortgesetzt.



Oben: Die Mannschaft des bundesrepublikanischen Gold-Achters (Rudern) von 1968 bei der Eröffnungsfeier. Unten: 5. September 1972: ein Scharfschütze im Olympischen Dorf; Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (2. v. l.) in Verhandlung mit einem Geiselnnehmer (r.).



Fotos: Bundesarchiv, 183-L0906-2005/U. Kohls; dpa/Bundesregierung/G. Bergmann; Martin Fengel

Podcast: Olympia 72

Sie möchten noch mehr über das Olympia-Attentat und seine Hintergründe erfahren? Dann besuchen Sie unsere Mediathek: Dort finden Sie den Podcast „Olympia 72 – Fakten, Hintergründe, Aufarbeitung“ – u. a. mit weiteren Statements von Michael Brenner und Andreas Wirsching – sowie den Mitschnitt der Podiumsdiskussion „München 1972 – Gespaltenes Gedenken? Das Olympia-Attentat in der Erinnerungskultur Deutschlands und Israels“. [badw.de/mediathek](https://www.badw.de/mediathek)

Oben: Am 6. September 1972 fand im Münchner Olympia-Stadion eine Trauerfeier statt. Unten: Ankie Spitzer, Witwe des ermordeten Fechttrainers Andrei Spitzer, mit Bundespräsident Steinmeier (2022); eine Tafel in der Conollystraße 31 erinnert an die Opfer des Anschlags.

„Psychologisch ist in meinen Augen eine Art Schockstarre eingetreten, die die deutschen Behörden daran gehindert hat, mit den Hinterbliebenen ein vernünftiges Verhältnis zu entwickeln.“

Und was ist bis jetzt in dem Forschungsprojekt passiert?

AW: Am Institut für Zeitgeschichte wurde eine Forschungs- und Geschäftsstelle eingerichtet. So ein Forschungsvorhaben ist nur mit einer wissenschaftlichen und technischen Infrastruktur möglich, die ausreichend personelle Kapazitäten hat für umfangreiche Recherche- und Aufbereitungsarbeiten. Wir konnten hochqualifizierte Mitarbeiter gewinnen, die in enger Abstimmung mit der Kommission arbeiten. Anfang September hatten wir in München die erste gemeinsame Arbeitstagung mit Kommission und allen anderen Teammitgliedern. Es werden gerade die Forschungsdesigns erstellt. Wir haben in Israel auch schon Vorgespräche mit Opfer-Familien geführt. Das Team bereitet ein Oral-History-Projekt vor, in dem wir die Erfahrungsgeschichte der betroffenen Familien systematisch untersuchen. Da die Öffnung auch bisher gesperrter Quellen für uns essentiell ist, gab es bereits einen großen Workshop mit Archivaren von Behörden und Diensten, um das einzuleiten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat 50 Jahre gebraucht, um endlich die Aufarbeitung der Ereignisse voranzutreiben. Kommt sie zu spät?

MB: Der Umgang der Bundesrepublik mit den Geschehnissen war bisher nicht sehr rühmlich. Ich glaube, da stimmen alle überein, auch die jetzige Bundesregierung. Und es ist längst überfällig, dass so eine Historikerkommission eingesetzt wird. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn das früher erfolgt wäre. Aber 50 Jahre später ist es nicht zu spät, damit zu beginnen. Vielleicht haben wir auch mehr Chancen, mit diesem zeitlichen Abstand an bestimmte Akten heranzukommen, die zehn Jahre früher nicht so leicht einsehbar gewesen wären. Aber das bleibt abzuwarten.

Fragen: rz

Foto: IfZ/Astrid Schmidhuber

Einrichtung einer Historikerkommission zur Aufarbeitung des Olympia-Attentats 1972

50 Jahre nach dem Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München hat die Bundesregierung eine achtköpfige Kommission international renommierter Historikerinnen und Historiker zur Aufarbeitung des Anschlags berufen. Diese hat im September 2023 ihre Arbeit aufgenommen. Unterstützt wird die Kommission dabei vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ), an dem eine Forschungs- und Geschäftsstelle eingerichtet wurde. Das Bundesinnenministerium hat den Forschenden die Öffnung aller auch bisher gesperrten Quellen zugesichert, um in einem Zeitraum von drei Jahren bislang ungeklärte Fragen rund um das Attentat sowie insbesondere auch um die Vor- und Nachgeschichte des September 1972 zu erforschen. Mit der Einberufung hat die Bundesregierung nach langen Auseinandersetzungen eine zentrale Forderung der Hinterbliebenen der Opfer des Attentats erfüllt.



Anfang September 2023 tagte die internationale Kommission zur Aufarbeitung des Anschlags erstmals am Institut für Zeitgeschichte in München.

Prof. Dr. Michael Brenner

lehrt Jüdische Geschichte und Kultur an der LMU München und hat den Seymour and Lillian Abensohn Chair für Israel-Studien an der American University, Washington D.C. inne. Er ist Mitglied der internationalen Historikerkommission zur Aufarbeitung des Anschlags auf die israelische Olympiamannschaft und Mitglied der BADW.

Prof. Dr. Andreas Wirsching

ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin und Lehrstuhlinhaber für Neueste Geschichte an der LMU München. Er ist Mitglied der BADW.

Pre-Prints – Akzeptanz und Nutzung in Bayern

Eine Umfrage zeigt die wachsende Bedeutung dieser **Publikationsform**, allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den Fächern.

Von **Matthias Stadler** und **Kilian Schober**

W

Wissenschaftliche Publikationen bilden das Rückgrat von Forschung. Sie ermöglichen es Forscherinnen und Forschern, neue Erkenntnisse zu verbreiten und den Fortschritt in verschiedenen Disziplinen voranzutreiben. In den letzten Jahren hat sich jedoch die Art und Weise, wie Forschungsergebnisse geteilt werden, grundlegend verändert. Neben den traditionellen Publikationen durch wissenschaftliche Zeitschriften gewinnen sogenannte Pre-Prints zunehmend an Bedeutung. Pre-Prints sind Manuskripte von wissenschaftlichen Arbeiten, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf spezialisierten Plattformen öffentlich zugänglich machen, noch bevor sie einem formellen Begutachtungsprozess unterzogen werden. Dieser Beitrag wirft einen Blick auf die wachsende Bedeutung von Pre-Prints in der wissenschaftlichen Gemeinschaft, analysiert ihre Vor- und Nachteile und untersucht, wie ihre Rolle und Relevanz je nach Fachrichtung variieren. Dabei werden die Ergebnisse einer umfangreichen Befragung von Forscherinnen und Forschern in Bayern herangezogen, um ein umfassenderes Bild von der Nutzung und Wahrnehmung von Pre-Prints zu zeichnen.

Vorteile von Pre-Prints

Im Gegensatz zu Pre-Prints durchlaufen traditionelle wissenschaftliche Publikationen einen strengen Begutachtungsprozess, bei dem Experten und Expertinnen aus dem gleichen Fachgebiet die Qualität, Methodik und Aussagekraft der Forschung kritisch überprüfen. Dieser Peer-Review-Prozess gilt als wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Qualitätssicherung. Hierbei werden eingereichte Forschungsarbeiten von unabhängigen Gutachterinnen und Gutachtern, den sogenannten Peers (engl. „Kollegen“, „Gleichgestellte“), bewertet.

Anders ist es bei Pre-Prints: Sie werden vor dem formalen Peer-Review-Prozess veröffentlicht und ermöglichen Forscherinnen und Forschern eine schnellere Verbreitung ihrer Arbeit und den Zugang zu einem breiteren Feedback aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Pre-Prints bieten die Möglichkeit, Forschungsergebnisse transparent und zeitnah zu teilen, wodurch andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehr rasch auf neue Erkenntnisse zugreifen und diese in ihre eigenen Arbeiten einbeziehen können.

Illustration: Barbara Ott



Abb. 1: Wahrnehmung von Pre-Prints nach Forschungsfeld

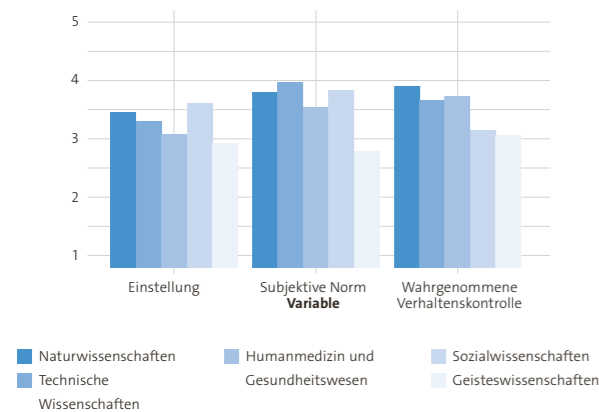
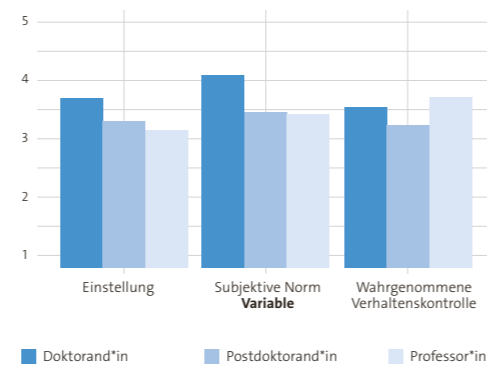


Abb. 2: Wahrnehmung von Pre-Prints nach Position



Pre-Prints bieten die Möglichkeit, Forschungsergebnisse transparent und zeitnah zu teilen.



Einer der bedeutendsten Vorteile ist daher die schnelle Verbreitung von Forschungsergebnissen. Pre-Prints ermöglichen es, neueste Erkenntnisse unmittelbar mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie der Öffentlichkeit zu teilen. Dies ist besonders nützlich in schnelllebigen Forschungsbereichen, in denen aktuelle Informationen von großer Bedeutung sind oder in denen dringendes Handeln erforderlich ist, wie beispielsweise während einer Pandemie.

Ein weiterer Vorteil von Pre-Prints ist die Förderung des offenen Wissensaustauschs. Durch die Veröffentlichung von Pre-Prints auf spezialisierten Plattformen wird der Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen erleichtert. Dies trägt zur Demokratisierung der Wissenschaft bei, da die Ergebnisse nicht allein in zahlungspflichtigen Fachzeitschriften zugänglich sind. Alle Interessierten können so davon profitieren.

Darüber hinaus bieten Pre-Prints den Autorinnen und Autoren die Möglichkeit, frühzeitig Feedback aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft einzuholen. Da sie öffentlich verfügbar sind, können andere Forscherinnen und Forscher Anmerkungen, Verbesserungsvorschläge und ergänzende Informationen liefern. Dieser Austausch kann die Qualität der Forschung verbessern und zu einer fundierten Diskussion führen, bevor die Arbeit formal durch den Peer-Review-Prozess begutachtet wird.

Nachteile von Pre-Prints

Allerdings gibt es auch einige Nachteile, die bei der Betrachtung von Pre-Prints berücksichtigt werden müssen. Da Pre-Prints nicht dem Peer-Review-Prozess unterzogen wurden, besteht das Risiko, dass Forschungsergebnisse mit geringer Qualität oder fehlerhaften Daten verbreitet werden. Dies kann Fehlinformationen nach sich ziehen und die Öffentlichkeit irreführen.

Ein weiterer potentieller Nachteil ist die mögliche Informationsüberflutung. Durch die zunehmende Anzahl von Pre-Prints kann es schwierig sein, relevante und hochwertige Informationen zu identifizieren. Eine kritische Bewertung der Pre-Prints und eine sorgfältige Auswahl sind daher unerlässlich, um qualitativ hochwertige wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewährleisten.

Umfrage: Akzeptanz und Nutzung von Pre-Prints in Bayern

Um zu ermitteln, inwieweit Pre-Prints unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Bayern aktuell akzeptiert und genutzt werden, wurde im Frühling 2023 eine Befragung unter den Mitgliedern der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und anderen aktiv an bayerischen Universitäten Forschenden durchgeführt. Die Stichprobe war vielfältig und bestand aus insgesamt 121 Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterschiedlicher Forschungsfelder und Karrierestadien.

In der Befragung zur Akzeptanz von Open-Access-Publikationen unter bayerischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde die Theorie des geplanten Verhaltens, kurz TPB („Theory of Planned Behaviour“), zugrunde gelegt. Diese Theorie, ursprünglich von Icek Ajzen in den 1980er Jahren entwickelt, versucht, menschliches Verhalten zu verstehen und zu erklären. Sie geht davon aus, dass das Verhalten einer Person von ihrer Einstellung gegenüber dem Verhalten, der subjektiven Norm und der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle beeinflusst wird.

Die Einstellung gegenüber dem Verhalten beschreibt, wie positiv oder negativ eine Person ein bestimmtes Verhalten bewertet. Die subjektive Norm umfasst die Wahrnehmung einer Person, welche Meinung ihr soziales Umfeld zu einem bestimmten Verhalten hat. Die wahrgenommene Verhaltenskontrolle schließlich bezieht sich auf das Ausmaß, in dem eine Person glaubt, Kontrolle über ihr Verhalten zu haben. Zu jeder dieser drei Dimensionen der TPB gaben die befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Zustimmung zu je vier Aussagen auf einer Skala von 1 (keine Zustimmung) bis 5 (volle Zustimmung) an. Außerdem wurden die Intention, zukünftig eigene Publikationen als Pre-Prints zu veröffentlichen, sowie das bisherige Verhalten diesbezüglich erfragt.

Um die Wahrnehmung von Pre-Prints in den verschiedenen Disziplinen vergleichen zu können, wurde ein Mittelwert über die Zustimmung zu den vier Aussagen zu einer Dimension der TPB gebildet. Hohe Mittelwerte stehen demnach für eine positive Einstellung gegenüber Pre-Prints (Einstellung), für die

Einschätzung, dass Pre-Prints für das soziale Umfeld wichtig sind (subjektive Norm) und für das Gefühl, selbst entscheiden zu können, ob eigene Publikationen als Pre-Prints veröffentlicht werden (wahrgenommene Verhaltenskontrolle). Das auffälligste Ergebnis war, dass die Relevanz von Pre-Prints in allen drei Dimensionen je nach Disziplin stark variiert. Während sie in den Natur- und Technikwissenschaften schon sehr weit verbreitet sind und auch in der Medizin und den Sozialwissenschaften ihre Bedeutung gesehen wird (obwohl hier noch wesentlich weniger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Publikationsform tatsächlich nutzen), spielen Pre-Prints für die Geisteswissenschaften keine große Rolle (Abb. 1). Diese Ergebnisse spiegeln sich auch in der Intention sowie dem bisherigen Verhalten.

Dies lässt darauf schließen, dass die Fachkultur und die spezifischen Anforderungen der verschiedenen Wissenschaftsbereiche einen erheblichen Einfluss auf die Nutzung und Wahrnehmung von Pre-Prints haben. In Disziplinen, in denen der Wissensaustausch und die Aktualität von großer Bedeutung sind, bieten sie einen deutlichen Vorteil. In Bereichen, in denen die Aktualität der Befunde nicht so stark im Vordergrund steht, wird möglicherweise mehr Wert auf traditionelle Publikationswege gelegt.

Darüber hinaus zeigt sich, dass großes Interesse an Pre-Prints bei Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern besteht, während erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits mehr Pre-Prints tatsächlich veröffentlicht haben. Dies kann zum Teil auf die höhere Gesamtzahl an Publikationen zurückzuführen sein, die erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Laufe ihrer Karriere vorweisen können. Interessanterweise ergab die Befragung auch, dass die Relevanz von Pre-Prints je nach Fachrichtung stark variiert.

Zusammenfassung

Die Studie verdeutlicht die wachsende Bedeutung von Pre-Prints als Ergänzung zu traditionellen Peer-Review-Publikationen. Die Ergebnisse zeigen, dass Pre-Prints in bestimmten Fachrichtungen bereits weit verbreitet sind, während in anderen Bereichen noch Potential für ihre Nutzung besteht. Die Fachkultur und die

spezifischen Anforderungen der verschiedenen Wissenschaftsbereiche haben einen erheblichen Einfluss auf die Akzeptanz und Wahrnehmung von Pre-Prints. In Disziplinen, in denen ein schneller Wissensaustausch und aktuelle Informationen von großer Bedeutung sind, bieten Pre-Prints deutliche Vorteile. Sie ermöglichen Forscherinnen und Forschern, ihre neuesten Erkenntnisse transparent und zeitnah zu teilen und frühzeitig Feedback aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft einzuholen. Die Ergebnisse unterstreichen auch die Notwendigkeit, die individuellen Bedürfnisse und Anforderungen der verschiedenen Forschungsfelder und Karrierestufen zu berücksichtigen.

Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass Pre-Prints eine wertvolle Ergänzung zu traditionellen Peer-Review-Publikationen darstellen können, um den Wissenstransfer in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu fördern. Es ist von großer Bedeutung, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den Stärken beider Publikationsformen zu finden, um eine qualitativ hochwertige und zeitnahe Verbreitung von Forschungsergebnissen zu gewährleisten.

Prof. Dr. Matthias Stadler

lehrt und forscht am Institut für Didaktik und Ausbildungsforschung in der Medizin (DAM) des Klinikums der LMU München.

PD Dr. Kilian Schober

ist Arbeitsgruppenleiter am Mikrobiologischen Institut des Universitätsklinikums Erlangen.

Beide sind Mitglieder im Jungen Kolleg der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und organisierten 2023 die Veranstaltung „Pre-Print vs. Peer-Review“ sowie die hier vorgestellte Studie.

Grafiken: M. Stadler, K. Schober

„In Freiheit“ – so lautet das Schild einer Demonstrantin im Iran während der Protestbewegung, die im Herbst 2022 begann.



3.2023

Soziologie

Forschung

haben immer wieder

für Freiheiten gekämpft“

Ein Gespräch mit **Nicole J. Saam** und **Heiner Bielefeldt** über den jahrhundertelangen Kampf um Freiheitsrechte, die vielfältigen Bedeutungen der Freiheitsidee und das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit.

Frau Saam, Herr Bielefeldt, womit befasst sich Ihr Buch „Die Idee der Freiheit und ihre Semantiken“, und warum haben Sie sich diesem Thema gewidmet? Können Sie uns einen kurzen Überblick geben?

Nicole J. Saam: Das Buch ist im Rahmen einer Ad hoc-Arbeitsgruppe der Bayerischen Akademie der Wissenschaften erschienen. Hier ging es darum, sich zentralen gesellschaftlichen Werten wie etwa Sicherheit und Freiheit zu widmen, die vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt sind – zum Beispiel durch Digitalisierung und soziale Medien, durch Nationalismus und Populismus, durch globale soziale Gefälle und Migration sowie durch die Infragestellung oder den Bedeutungsverlust wertstiftender Institutionen in der freiheitlichen Demokratie. Unser Ziel ist es, Vereinnahmungen und Verengungen des Freiheitsbegriffs etwas entgegenzusetzen – einer Tendenz, der wir in vielen Wertekonflikten zwischen Freiheit und Sicherheit begegnen.

Heiner Bielefeldt: Der Plural im Titel des Buches ist nicht zufällig gewählt: Es geht um vielfältige Semantiken, also Bedeutungen der Freiheitsidee, wie sie in unterschiedlichen Disziplinen der Wissenschaft vorkommen. Es war unser Ziel, diese Vielfalt zu dokumentieren.

Hierbei konnten wir feststellen, dass sich wesentliche Gemeinsamkeiten quer zu den unterschiedlichen Disziplinen zeigen, und zwar mehr, als wir dies erwartet hatten. Das hat uns richtig überrascht – und ich will hinzufügen: auch gefreut. Wie Frau Saam gerade schon sagte, machen sich viele der Autorinnen und Autoren für ein anspruchsvolles Freiheitsverständnis stark. Damit richtet sich der Band auch eindeutig gegen eine Vereinfachung des Freiheitsbegriffs nach dem Motto: „Meine Freiheit gehört mir; das ist mein Ding; ich lasse mir da von niemandem reinreden.“

Frau Saam, Sie sind Soziologin. Welche Bedeutung spielt Ihrer Ansicht nach Freiheit im Alltag der Menschen?

NJS: Eine ganz wichtige, aber in unseren modernen Gesellschaften normalerweise so selbstverständliche, dass es uns gar nicht bewusst wird. Generationen von Menschen haben immer wieder für bestimmte Freiheiten des Alltags gekämpft, zum Beispiel in der Frühen Neuzeit für die Freiheit, die Person, die man heiratet, selbst aussuchen zu dürfen, oder für die Freiheit von Leibeigenschaft. Es hat zum Teil mehrere Jahrhunderte gedauert, diese Freiheiten zu

erkämpfen. Heute ist das weitgehend vergessen. Dies gilt auch für die Freiheiten, die sich Frauen im 20. Jahrhundert erkämpft haben. Unvorstellbar, dass eine Frau ihren Ehemann um Erlaubnis fragen muss, arbeiten zu dürfen. Aber bis in die 1970er Jahre war es in Westdeutschland noch das Recht des Ehemannes, hierüber zu entscheiden. Selbstverständlich ist uns auch die Vorstellung, dass wir über unsere Handlungen frei entscheiden, also selbst entscheiden, was wir essen, welche Ausbildung wir machen oder welches Studium wir ergreifen, dass wir Freunde und Familienangehörige treffen können und unsere Hobbys selbst auswählen. Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und auch der Anspruch auf ein authentisches Leben sind Aspekte individueller Freiheit, die für uns ganz selbstverständlich sind. Unser Alltag wird geprägt von



„Wir alle kennen Diktaturen, in denen Menschen diese Freiheiten nicht zugestanden werden.“

Nicole J. Saam

zahlreichen negativen Freiheiten, also der Abwesenheit von äußeren Zwängen, die durch andere Menschen oder durch den Staat auf uns ausgeübt werden. Sehr viele freiheitsbeschränkende soziale Normen haben ihre Wirksamkeit in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts verloren, z. B. dass man verheiratet sein sollte, bevor man Kinder bekommt. Und unser Alltag wird zugleich geprägt durch viele positive Freiheiten, also die Freiheit, etwas zu tun, Kinder zu haben oder nicht, unsere Sprache zu sprechen oder zu reisen. Das verbietet uns niemand, außer in der Pandemie. Wir alle kennen Diktaturen, in denen Menschen diese Freiheiten nicht zugestanden werden.

Herr Bielefeldt, Sie haben einen Lehrstuhl für Menschenrechte und kommen akademisch vor allem aus der Philosophie. Welche Rolle spielt die Freiheitsidee für die Menschenrechte?

HB: Die Bedeutung der Freiheit für das Verständnis der Menschenrechte kann man gar nicht überschätzen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass alle Menschenrechte Freiheitsrechte sind. Bei vielen Rechten ist dies schon im Titel erkennbar: Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Berufsfreiheit, gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit usw. Es ist üblich, vor allem die sogenannten bürgerlichen und politischen Rechte als „Freiheitsrechte“ zu bezeichnen. Meiner Meinung nach fallen aber auch wirtschaftliche und soziale Rechte unter diesen Begriff. Nehmen wir das Beispiel des Rechts auf Nahrung, das durch die Vereinten Nationen mittlerweile als Menschenrecht anerkannt worden ist. Es geht dabei nicht allein um die Zufuhr von Kalorien und Proteinen. Menschen sollen nicht nur ernährt, nicht einfach nur durchgefüttert werden, um es drastisch auszudrücken. Vielmehr geht es auch bei der Ernährung stets darum, Menschen als Subjekte von Selbstbestimmung zu achten. Fragen der Ernährung sind ja eng verwoben mit kulturellen, oft auch mit religiösen Selbstverständnissen: mit der Pflege von Geselligkeit, mit gemeinschaftlichen Ritualen, mit Fastenvorschriften, auch mit Speisetabus oder ethischen Normen, etwa dem Vegetarismus. Das Recht auf Nahrung muss all

dem gerecht werden und erweist sich so als genuines Freiheitsrecht.

Frau Saam, Sie haben vorhin gesagt, dass Freiheit für uns selbstverständlich ist. Ich komme mir manchmal aber gar nicht frei vor. Wenn mir niemand eine ganze Stelle anbietet, sondern nur eine halbe, dann habe ich keine Wahlfreiheit und muss die halbe Stelle antreten. Steht das nicht im Widerspruch zu Ihrer Aussage?

NJS: In der Tat, es ist das Geschäft der Soziologie, nach den zentralen Variablen zu suchen, die das vermeintlich freie Handeln der Menschen mit bestimmen: Klasse, Geschlecht, Ethnie, Bildung, Milieu und so weiter. Wenn die Menschen glauben, dass sie „frei“ entscheiden, wissen sie über diese Einflüsse nicht Bescheid. Die Identitäts- und Individualisierungsideologie tut so, als ob es – irgendwo da „drinnen“ – ein besonderes, manchmal sogar einzigartig konzipiertes Selbst gäbe, das zu finden und zu entfalten wäre. Zeitgeist- und Lifestyle-Zeitschriften beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem Problem, wie man dieses authentische Ich ans Tageslicht oder ins Bewusstsein befördern könnte.

Herr Bielefeldt, klingt das, was Frau Saam gerade ausgeführt hat, nicht deutlich nüchterner als Ihr Bekenntnis zu den Menschenrechten als Freiheitsrechte, wie Sie es eben formuliert haben?

HB: Ich sehe da keinen Widerspruch. Die Freiheit des Menschen entfaltet sich stets in Verhältnissen, die stark durch den Zufall bestimmt werden. Deshalb ist Freiheit im Kontext der Menschenrechte nicht nur eine Grundvoraussetzung; sie ist zugleich auch Gestaltungsauftrag. Besonders deutlich zeigt sich dieser Gestaltungsauftrag in der Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Mehr als jede andere Menschenrechtskonvention betont sie die freiheitliche Selbstbestimmung. Die Konvention verwendet dabei den prägnanten Begriff der Autonomie, der in früheren Menschenrechtskonventionen so nirgends vorkommt. Das ist bemerkenswert. Gerade mit Blick auf Menschen mit Behinderungen – erst recht auf Menschen mit kognitiven Behinderungen – hat man ja oft unterstellt, man dürfe es mit deren Freiheit nicht übertreiben. Stattdessen gehe es eher um Fürsorge

Foto: privat



Protest gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten in China (Osaka, 2019).

Prof. Dr. Nicole J. Saam

lehrt Methoden der empirischen Sozialforschung an der FAU Erlangen-Nürnberg. Sie forscht u. a. über Organisationssoziologie, Politische Soziologie sowie Human-Animal-Studies und ist Mitglied der BADW.

Prof. Dr. Heiner Bielefeldt

lehrt Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der FAU Erlangen-Nürnberg und ist Mitglied der BADW. Er forscht u. a. auch zur politischen Ideengeschichte. Bis 2016 war er UN-Sonderbericht-ersteller für Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Der von beiden herausgegebene Sammelband „Die Idee der Freiheit und ihre Semantiken. Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit“ (transcript Verlag 2023) ging aus der Ad hoc-AG „Zukunftswerte“ der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hervor.

und Schutz. Gegen diese bis heute weit verbreitete Vorstellung haben Menschen mit Behinderungen protestiert und eine eigene Konvention erkämpft, die sehr entschlossen auf Freiheit ausgerichtet ist. Gleichzeitig macht die Konvention deutlich, dass Freiheit Unterstützung braucht. Niemand kann für sich allein in Freiheit leben – diese Einsicht gilt nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Wir alle brauchen – in unterschiedlichem Ausmaß – die Unterstützung durch andere und durch die Gesellschaft.

Frau Saam, Ihr Buch befasst sich nicht nur mit Freiheit, sondern auch mit dem Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Wenn ich etwa an innere Sicherheit denke, an die Bedrohung durch Kriminalität oder Terrorismus, dann ist ein Mehr an Sicherheit, zum Beispiel durch Überwachungskameras, mit einer Einschränkung der Freiheit verbunden. Kann man das verallgemeinern?

NJS: An dieses Beispiel denken tatsächlich viele. Es ist spannend zu erkennen, dass wir weder durchgehend ein Nullsummenspiel finden, wie in Ihrem Beispiel, noch grundsätzlich ein Spannungsverhältnis vorliegen muss. Ich will zwei Beispiele für sogenannte Positivsummenspiele geben – also dafür, dass ein Mehr an Sicherheit



„Der Band richtet sich auch eindeutig gegen eine Vereinfachung des Freiheitsbegriffs.“

Heiner Bielefeldt

auch ein Mehr an Freiheit ermöglicht. Im Internet braucht man ein Mindestmaß an Sicherheit als Voraussetzung für die Freiheit der Meinungsäußerung. Ich werde also erst dann im Internet Gebrauch von meiner Freiheit der Meinungsäußerung machen, wenn ich davon überzeugt bin, dass ich deshalb nicht bedroht, gemobbt oder durch Cyberattacken angegriffen werde. Das zweite Beispiel stammt aus der Lebenswelt alter Menschen, die pflegebedürftig werden. Es lässt sich zeigen, dass Freiheit von Verpflichtungen, Notwendigkeiten und Selbstsorge im Alter nur dann möglich sind, wenn Sicherheiten vorhanden sind, wie etwa Schutz, Verlässlichkeit und Vertrauen. Freiheit und Sicherheit sind offenbar keine unmittelbaren Gegensätze. Vielmehr stehen Freiheit und Unfreiheit bzw. Sicherheit und Unsicherheit einander direkt gegenüber.

Fragen: Ir

Bayerische Ortsnamen im Dialekt

gàɪ̯rəháʊsŋ
Gailhausen

šmalme
Schmalenbach

Mitmachen bei der Sicherung des kulturellen Erbes:
Derzeit wird mit Tonaufnahmen überall
in Bayern erfasst, wie die rund **58.000 Ortsnamen**
im Dialekt heißen.

Von Sarah Rathgeb, Johann Wellner
und Wolfgang Janka

vùɪ̯škíə̯nə
Wunderskirchen

sùsɪfōə
Sassanfarth

fō̯ntšbɛ̯rɣ
Virnsberg

dāfō̯t
Tauberfeld

mɔ̯ɪ̯wəsiŋ
Malchesing

gʂuɪ̯gʂhəm
Ziegelsham

maɪ̯giš
Weingarts

hàšá^h
Hirschaid

grāməšdiŋ
Greimharting

švàsə̯rɔ̯t^h
Schwabsroth

Wüssten Sie, wohin Sie fahren sollen, wenn man Ihnen als Ortsangabe *Surim* mitteilt? Würden Sie spontan auf Oberbayern, genauer auf das Berchtesgadener Land tippen und in Surheim ankommen? Wohl eher nicht. Auch bei *Gewekin* würden Sie wahrscheinlich nicht im Landkreis Regensburg in Hohen- und Niedergebraching Ihr Ziel finden.

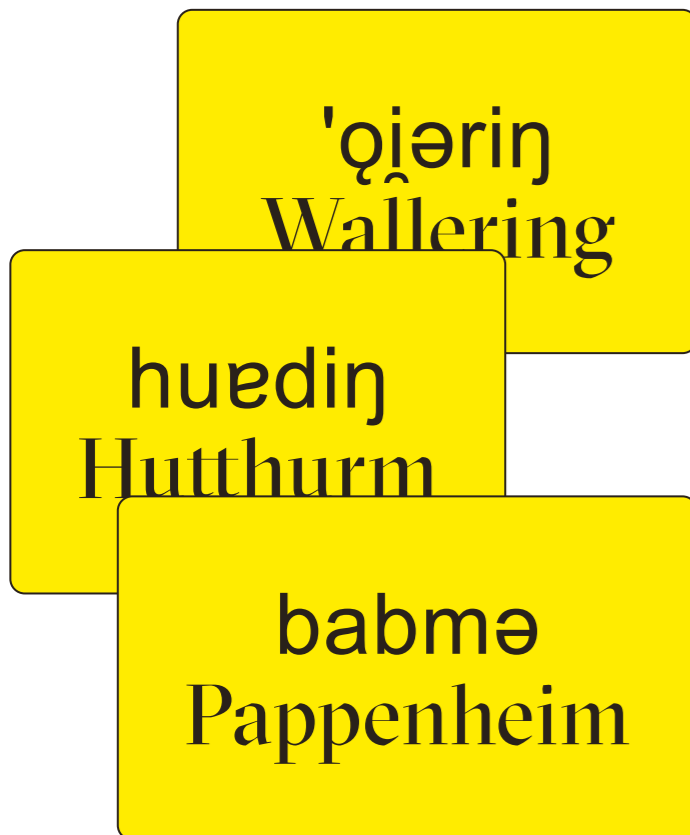
Seit Dezember 2020 läuft ein Kooperationsprojekt der Kommission für bayerische Landesgeschichte und des Verbands für Orts- und Flurnamenforschung in Bayern e. V. zur Erfassung der mundartlichen Form der Ortsnamen in Bayern, das vom Ministerium der Finanzen und für Heimat gefördert wird. Ziel des Projekts ist es, alle bayerischen Ortsnamen – sowohl amtlich als auch nicht amtlich sowie auf- und abgegangene Siedlungen – in ihrer basisdialektalen Form zu erheben und anschließend als Tonaufnahmen und in verschrifteter Form (als Transkripte) im Internet zu veröffentlichen.

Befragung von Gewährspersonen

Das Vorhaben wurde bereits vor längerer Zeit vom Verband für Orts- und Flurnamenforschung geplant und ist nun dringender denn je, da die Erfassung auf sogenannte Gewährspersonen angewiesen ist. Diese Gewährspersonen sind in der Regel ältere bis sehr alte Menschen, die fest in ihrer Region verankert sind und immer noch den dortigen Dialekt in all seiner Tiefe beherrschen. Leider weicht der Basisdialekt immer weiter auf und vermischt sich durch die Mobilität unserer Zeit mit anderen Sprachvarietäten, sodass die Mundartformen der Ortsnamen so schnell wie möglich festgehalten werden müssen.

Hierfür sind wir auf Mithilfe angewiesen, da es für eine Handvoll Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Projekt eine unlösbare Aufgabe ist, ganz Bayern zu erfassen. Deswegen sind in den einzelnen Regionen sogenannte Exploratorinnen und Exploratoren unterwegs, die vonseiten des Projekts ein Aufnahmegerät sowie weitere Hilfsmittel erhalten und die Gewährspersonen vor Ort zu den Namen befragen.

Seit Projektbeginn wurden alle Kreis- und Ortsheimatpfleger sowie weitere (ehrenamtliche) Anlaufstellen und Universitäten über das Vorhaben informiert. So konnten sich bereits viele Menschen finden lassen, die sich dazu bereit erklärt haben, dem Projekt als Gewährsperson ihre Stimme zu leihen. In einigen Bereichen fehlen uns jedoch noch die Exploratorinnen und Exploratoren.



Bei nicht wenigen Ortsnamen kann die Herkunft nur durch Berücksichtigung der dialektalen Aussprache exakt bestimmt werden.

Keine Vorkenntnisse nötig

Hierzu sind keine „Experten“ oder „Profis“ gesucht – vom Studenten bis zur Rentnerin ist aktuell alles vertreten. Jeder, der im Rahmen des Projekts Tonaufnahmen anfertigt, wird für diese Aufgabe geschult und erhält die Listen der Ortsnamen, topografische Karten sowie Hinweise zur Aufnahmesituation und Gesprächsführung. Die Aufnahme Termine werden von den Exploratorinnen und Exploratoren vereinbart, die Zeitgestaltung ist flexibel. Außerdem wird die Tätigkeit vergütet, und auch die Fahrtkosten werden übernommen. Die Aufnahme-region orientiert sich an Gemeindegrenzen und wird gemeinsam nach persönlichen Präferenzen, zeitlichem Aufwand und noch ausstehenden Gebieten vereinbart.

Aktueller Bearbeitungsstand

Die folgende Auflistung zeigt den aktuellen Stand in Bezug auf die Tätigkeit von Exploratorinnen und Exploratoren in den einzelnen Bezirken; genauer ist dieser der Karte auf Seite 59 zu entnehmen (Stand Oktober 2023).

In Unterfranken ist aktuell nur der Landkreis Rhön-Grabfeld abgedeckt; die übrigen Landkreise sind noch nicht vollständig vergeben. Mittelfranken ist bis auf einige Gemeinden in den Landkreisen Erlangen-Höchstadt sowie Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim noch komplett offen. Oberfranken hingegen ist vollständig versorgt. Ebenso steht es um Niederbayern.

In der Oberpfalz bestehen noch Lücken. Vergeben sind die Landkreise Regensburg sowie Neumarkt in der Oberpfalz und die Stadt Weiden. Amberg-Weilburg, Neustadt an der Waldnaab und Schwandorf sind teilweise noch offen. In Oberbayern stehen vor allem noch die südlichen Bereiche aus.

Schwaben wurde in einem Bavarikon-Projekt der Kommission für bayerische Landesgeschichte bereits erhoben (geschichte-bayerns.de/ortsnamen), wobei aber nur die amtlichen Orte erfasst wurden. Hier sind also noch Nacherhebungen von nicht amtlichen Orts- sowie Wüstungsnamen erforderlich.

Nicht nur in Schwaben können wir auf Aufnahmen aus anderen Vorhaben zurückgreifen. So liegen dem Projekt etwa



Übersicht über die bereits vergebenen Landkreise im Ortsnamen-Projekt, Stand Oktober 2023.

Gemeinden in Bayern

- offen
- vergeben

BAYERISCHE ORTSNAMEN

Sie wollen mithelfen, in Ihrer Region die Mundartformen der Ortsnamen mit Tonaufnahmen zu erfassen? Dann melden Sie sich unter mundartformen@kbl.badw.de

Guteneck (Lkr. Schwandorf) und Guthof (Lkr. Cham) veranschaulichen. Sie lauten *Gounék* bzw. *de Goupau* („der Gutbauer“). In den betreffenden Gebieten wird allerdings heute das in diesen Namen enthaltene Adjektiv „gut“ mit dem aus dem Mittelbairischen übernommenen

Zwielaut *ue* gesprochen (*gued*). Diesem Wandel haben sich die beiden Ortsnamen entzogen. Hier wird im Dialekt an der ursprünglichen Lautung festgehalten. Die beiden genannten Mundartformen zeigen somit, dass früher auch weit südlich der heutigen Grenze zwischen *ue* und *ou* beim Adjektiv „gut“ (mittelhochdeutsch *guot*) der Diphthong *ou* gesprochen wurde. Guthof liegt etwa 80 km vom derzeitigen Verlauf der *ue/ou*-Linie entfernt.

Um bis November 2024 alle rund 58.000 bayerischen Ortsnamen zu erfassen, sind wir weiterhin auf die Mithilfe Interessierter angewiesen. Vielleicht kennen Sie Personen, die sich beteiligen wollen, oder möchten gar selbst Aufnahmen anfertigen – dann melden Sie sich gerne beim Projekt!

Dr. des. Sarah Rathgeb und Dr. Johann Wellner

sind Geschäftsführer des Vorhabens „Erfassung der mundartlichen Formen der Ortsnamen in Bayern“, das an der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der BAdW angesiedelt ist.

Dr. Wolfgang Janka

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der BAdW.

die Aufnahmen des Sprachatlases Mittelfranken vor, die bearbeitet, also geschnitten und in der Teuthonista-Lautschrift transkribiert werden. Eine technische Herausforderung ist dabei die stark schwankende Tonqualität der Aufnahmen, die im Allgemeinen nicht mehr dem heutigen Standard entspricht. Um bei den neu erhobenen Tonaufnahmen eine einheitliche Qualität zu gewährleisten, wurden für das Projekt Aufnahmegeräte angeschafft, die an die Exploratorinnen und Exploratoren verliehen werden. Außerdem haben wir ein umfangreiches Handbuch erstellt, das weitere Richtlinien wie etwa das einheitliche Benennen und Speichern der Aufnahmen sicherstellt.

Bedeutung für die Ortsnamenforschung

Die im Rahmen des Projekts aufgenommenen und transkribierten Mundartformen sind von größtem Wert für die Ortsnamenforschung in Bayern und für die Historische Dialektologie. Sie werden daher auch den Projekten „Historisches Ortsnamenbuch von Bayern“ und „Die Ortsnamen des Regierungsbezirks Oberpfalz“ (mit geplanter Online-Publikation) zur Verfügung gestellt. Bei nicht wenigen Ortsnamen kann die Herkunft nur durch Berücksichtigung der dialektalen Aussprache exakt bestimmt werden. Als Beispiel hierfür sei der Name Oettingen in Bayern (Lkr. Donau-Ries) erwähnt, für den zwei basisdialektale Formen ermittelt wurden: *Ʒædj* (aus Oettingen und Megesheim) und *Eidj* (aus Wemding). Die Zwielaute (Diphthonge) *Ʒæ* und *ej* entsprechen dem mittelhochdeutschen Langvokal *ō*; sie gehen nicht auf den Kurzvokal *ö* zurück. Als Basis des *ingen*-Namens Oettingen ist demzufolge ein Personennamen mit langem Vokal im Anlaut anzusetzen (*Ōto* oder *Ōti*), dessen *ō* durch nachfolgendes *i* zu *ö* umgelautet worden ist. Kurzvokalische Varianten (*Oto* und *Oti*) kommen für die Erklärung nicht in Betracht. Historische Schreibformen wie *Otingen* (822–842, Kopie um 1160) und *Otingun* (1057–1075) geben keinen Aufschluss darüber, ob der Name ursprünglich mit *O-* oder mit *Ō-* anlautete. Erst die Analyse der Mundartform führt zu der gesicherten Grundform *Ōtingum* mit der Bedeutung „bei den Leuten des *Ōto/Ōti*“.

Den Nutzen für die Dialektologie können die Mundartformen der im nordbairischen Sprachraum befindlichen Orte

Karte: Projekt-Datenbank

Neu an der Akademie

Melina Beckert und **Mukund Bira-dar**, Leibniz-Rechenzentrum, am 1. April 2023.

Danilo Harles, Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation, am 1. Mai 2023.

Dr. Lulu Zhang, Leibniz-Rechenzentrum, am 1. Mai 2023.

Nitish Kumar, **Pawel Osinski**, **Amineh Akhavan Saraf** und **Andreas Treske**, Leibniz-Rechenzentrum, am 15. Mai 2023.

Dr. Amit Jamadagni Gangapuram, **Shahab Khormali** und **Vuong-Kha Tran**, Leibniz-Rechenzentrum, am 1. Juni 2023.

Matthias Grammer und **Georg Mair**, Walther-Meißner-Institut, am 1. Juni 2023.

Björn Jakobsen, Leibniz-Rechenzentrum, am 22. Juni 2023.

Alexander Darras, Leibniz-Rechenzentrum, am 27. Juni 2023.

Michaela Beck, Verwaltung, am 1. Juli 2023.

Dr. Andrea Consalvi, Thesaurus linguae Latinae, am 1. Juli 2023.

Dr. Marco Möller, Erdmessung und Glaziologie, am 1. Juli 2023.

Ehab Saleh, Leibniz-Rechenzentrum, am 1. Juli 2023.

Dmitrii Blium, Leibniz-Rechenzentrum, am 15. Juli 2023.

Veronika Stiegler, Institut für Volkskunde, am 1. August 2023.

Dr. Susanna Streubel, Ad hoc-AG „Künstliche Intelligenz in der Medizin“, am 15. August 2023.

Azra Cifric, Verwaltung, am 1. September 2023.

Vivien Lingelbach, Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation, am 1. September 2023.

Hassan Mahdiyoun, Leibniz-Rechenzentrum,

am 1. September 2023.
Stefanie Nowak, Verwaltung, am 1. September 2023.
Dr. Alessia Pezzella, Thesaurus linguae Latinae, am 1. September 2023.

Preise und Ehrungen

Prof. Dr. Claudia Eckert, Informatik, ordentl. Mitglied (2013), Preis für gute Lehre.

Prof. Dr. Clemens Fuest, Volkswirtschaftslehre, ordentl. Mitglied (2017) und

Prof. Dr. Erika von Mutius, Mitglied im Forum Ökologie (1998), Bayerischer Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst.

Prof. Dr. Ulrich Konrad, Musikwissenschaft, ordentl. Mitglied (2007), Goldener Mozartring der Mozart-gemeinde Wien.

Prof. Dr. Barbara Lechner, Physikalische Chemie, Junges Kolleg (2018), Dozentenpreis des Fonds der Chemischen Industrie.

Prof. Dr. Matthias Tschöp, Stoffwechselerkrankungen, ordentl. Mitglied (2018),

Ernst Schering Preis der Schering Stiftung.

Dr. Mirjam Zadoff, außerordentl. Mitglied (2020), Bayerischer Verdienstorden.

Sonstiges

Prof. Dr. Rudolf Gross, Technische Physik, ordentl. Mitglied (2003), Wissenschaftlicher Direktor des Munich Quantum Valley.

Prof. Dr. Astrid Séville, Politische Theorie, Junges Kolleg (2018), Ruf an die Leuphana Universität Lüneburg.

Prof. Dr. Matthias Stadler, Learning Analytics in der Medizin, Junges Kolleg (2022), stellv. Leiter des Instituts für Didaktik und Ausbildungsforschung in der Medizin, LMU München.

Zuwahlen

Prof. Dr. Peter Adamson, **Prof. Dr. Menso Folkerts**, Geschichte der Naturwissenschaften, ordentl. Mitglied (1999),

Prof. Dr. Therese Fuhrer, Klassische Philologie und Latinistik, ordentl. Mitglied (2015),

Prof. Dr. Marion Gindhart, **Prof. Liba Taub** und **Prof. Dr. Johannes Thomann**,

Wahl in den Projektbeirat „Wissenschaftsgeschichte“.

Dr. Edith Burkhardt-Funk, Wahl zur stellv. Vorsitzenden des Ausschusses „Dialektologisches Informationssystem von Bayerisch-Schwaben“.

Dr. Johanna Eichhorn, Physik, Junges Kolleg (2020) und

Dr. Verena Streibel, Physikalische Chemie, Junges Kolleg (2023), Wahl zu Sprecherinnen des Jungen Kollegs.

Prof. Dr. Christian List, Philosophie und Entscheidungstheorie, ordentl. Mitglied (2022), Wahl in die Academia Europaea.

Prof. Dr. Maria Selig, Romanistik, ordentl. Mitglied (2009), Wahl zur Projektleiterin,

Prof. Dr. Mechthild Habermann, Germanistische Sprachwissenschaft, ordentl. Mitglied (2020),

Prof. Dr. Klaus Grübl, Wahl in die interakademische Kommission „ALMA – Sprachdatenbasierte Modellierung von Wissensnetzen in der mittelalterlichen Romania“.

Foto: SZ/René Hofmann



Forschung mit ultrakalten Atomen

Nanoschalter gegen Tumoren



Zusammenstellung: sie/el

Die Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND fördert die Forschung und Weiterentwicklung der bahnbrechenden Krebstherapie der Plectonic Biotech GmbH, einer Ausgründung der TU München. Ein Mitbegründer des Unternehmens ist der Biophysiker Klaus Wagenbauer, seit 2020 Mitglied im Jungen Kolleg der BAdW.

Bei der Bekämpfung von Krebs ist seit einigen Jahren die Immuntherapie auf dem Vormarsch – neben herkömmlichen

Klaus Wagenbauer und sein Unternehmen Plectonic erhalten SPRIND-Darlehen.

Therapiemethoden wie Operation und Bestrahlung. Dabei wird versucht, das körpereigene Immunsystem – ähnlich wie beim Impfen – zu aktivieren und darauf zu trainieren, Tumorzellen zu bekämpfen. Ein bislang ungelöstes Problem liegt jedoch in der Schwere der Nebenwirkungen, die häufig sogar zum Abbruch der Therapie führen.

Das Plectonic-Team um die Gründer Klaus Wagenbauer, Jonas Funke, Benjamin Kick und Hendrik Dietz entwickelte deshalb einen „An-/Aus-Schalter“ für Antikörper-Immuntherapien. Der DNA-basierte Nanoschalter hilft dem Immunsystem, erst dann zu reagieren, wenn eine Tumorzelle identifiziert und gebunden

wurde. Das führt zu einer geringeren Aktivität im gesunden Gewebe und damit zu weniger Nebenwirkungen. „Wir wollen Krebsimmuntherapien verändern, sie wirksamer und zugleich nebenwirkungsärmer machen“, so Klaus Wagenbauer. „Das eigene Immunsystem gegen den Krebs zu richten, kann viel bewirken. Wenn man Krebs hat, hat das Immunsystem initial schon einmal versagt. Es anschließend wieder gezielt lokal zu reaktivieren, kann sehr erfolgversprechend sein.“



Mit allen Sinnen

Die Expertin für Sinnesphysiologie **Anna Stöckl** erhielt den mit 25.000 Euro dotierten Hector Research Career Development Award. Die Juniorprofessorin für Neurobiologie und Verhalten leitet an der Universität Konstanz eine Emmy Noether-Gruppe und ist seit 2020 Mitglied des Jungen Kollegs der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Stöckl erforscht, wie Insekten Informationen aus ihrer Umwelt aufnehmen, verarbeiten und zur Steuerung ihres Verhaltens nutzen – von der Interaktion mit bunt gemusterten Blüten bis zum sicheren Flug in einer sternklaren Nacht.

11.23–02.24

November

Mittwoch, 15. November 2023

Autokratie, Gewalt und neue Männlichkeit. König Friedrich Wilhelm I. und der preußische Mythos

Vortrag von Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger (Wissenschaftskolleg zu Berlin/BAdW) in der Reihe „Schelling Lectures“ des Schelling-Forums der BAdW

Gartenpavillon des Juliusspitals
Klinikstraße 1
97070 Würzburg
19.00 Uhr

Donnerstag, 23. November 2023

Richard Strauss als Satiriker, Romantiker und Virtuose
Konzert mit Liedern der Jahre 1918 bis 1948; mit Julia Duscher, Sopran, Matthias Winckler, Bassbariton, Julian Riem, Klavier; organisiert vom BAdW-Projekt „Kritische Ausgabe der Werke von Richard Strauss“ in Kooperation mit dem Institut für Musikwissenschaft der LMU MünchenGroße Aula der LMU München
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München
19.30 Uhr
Eintritt frei
keine Anmeldung erforderlich
um Spenden wird gebeten

Dezember

Samstag, 2. Dezember 2023

Feierliche Jahressitzung der BAdW
mit Beiträgen des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Staatsministers für Wissenschaft und

Kunst, dem Vortrag „Beiträge der Akademie zum Wissenschaftsstandort Bayern“ von Akademiepräsident Prof. Dr. Markus Schwaiger (TU München) und dem Diskussionspanel „Weckruf für die Bildung! Wie stellen wir die richtigen Weichen?“ mit Prof. Dr. Monika Schnitzer (LMU München/BAdW) und Prof. Dr. Cordula Artelt (Bamberg/BAdW)

Herkulesaal der Münchner Residenz
Hofgartenstraße
80539 München
10.00 Uhr
Nur mit Einladung
bei Interesse wenden Sie sich an:
anmeldung@badw.de

Montag, 11. Dezember 2023

Das Unbehagen am Verzicht
Diskussion mit der „Wirtschaftsweisen“ Prof. Dr. Monika Schnitzer (LMU München/BAdW) und dem ehem. DFG-Präsidenten Prof. Dr. Peter Strohschneider (LMU München/BAdW); Moderation: Jens-Christian Rabe (Süddeutsche Zeitung)Veranstaltungssaal, 1. Stock
19.00 Uhr
Anmeldung: anmeldung@badw.de

Freitag, 15. Dezember 2023

Datennutzung im European Health Data Space
Fachtagung über Chancen und Risiken für Forschung und Innovation, in Kooperation mit dem bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, dem bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege sowie Dierks+CompanyPlenarsaal
10.00–18.00 Uhr
Nur mit Einladung

Januar

Freitag, 26. Januar 2024
andererseits. Literatur trifft Wissenschaft

Die Schriftstellerin Ulrike Draesner im Gespräch mit der Psychologin Prof. Dr. Heide Glaesmer (Leipzig) über ihr Buch „Die Verwandelten“; in Kooperation mit dem Institut für Deutsche Philologie der LMU München

LMU München, Raum S005
Schellingstraße 3
80539 München
19.00 Uhr
Anmeldung: anmeldung@badw.de

Februar

Dienstag, 6. Februar 2024

Wie robust kann/muss Wissenschaft sein?

Podiumsdiskussion u. a. mit Prof. Dr. Karin Jacobs (DFG), Dr. Werner Bartens (Süddeutsche Zeitung), Prof. Dr. Andrea Abele-Brehm (FAU Erlangen-Nürnberg/BAdW); Moderation: Prof. Dr. Mario Gollwitzer (LMU München); in Kooperation mit dem DFG-Schwerpunktprogramm „META-REP“

Sitzungssaal/Bibliothek
18.00 Uhr
Anmeldung: anmeldung@badw.de

Donnerstag, 8. Februar 2024

Die Welt ordnet sich neu
mit Paneldiskussionen über „Internationale Rechtsordnung“, „Verschobene Weltwirtschaft“ und „Werteordnung“; Moderation: Andreas Bönnte und Andreas Bachmann (Bayerischer Rundfunk), in Kooperation mit dem Bayerischen RundfunkPlenarsaal
19.00 Uhr
Anmeldung: anmeldung@badw.de
Livesendung in ARD alpha
auch im Livestream: www.badw.deIm nächsten Heft:
Bildung im Fokus

Wie stellen wir die richtigen Weichen für die Zukunft?



Impressum

HERAUSGEBER
Prof. Dr. Markus Schwaiger
Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAdW)REDAKTION
Andrea Klinger (ak)
Dr. Ellen Latzin (el; verantwortlich)
Dr. Isabel Leicht (il)
Dr. Laura Räuber (lr)
Gabriele Sieber (sie; Bildredaktion)
Ruth Zapf (rz)VERLAG UND ANSCHRIFT
Bayerische Akademie der Wissenschaften
Alfons-Goppel-Str. 11, 80539 München
presse@badw.de, ISSN 1436-753XART DIRECTION
Studio Umlaut, studio-umlaut.comGRAFIK
Daniela Wiesemann, danielawiesemann.deBILDBEARBEITUNG
Karin MartinDRUCK
Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Alexandrastr. 4, 80538 MünchenPAPIER
SoporSet Premium Offset 120 gr/m², LuxoArt Samt 200 gr/m²
„AKADEMIE AKTUELL“
erscheint 3 x jährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag der Freunde der BAdW enthalten. Die Texte dürfen nur mit Genehmigung der BAdW reproduziert werden. Die Wiedergabe der Abbildungen ist mit den Inhabern der Bildrechte abzuklären. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Das E-Paper der Zeitschrift finden Sie auch unter badw.de.ZEITSCHRIFT ABONNIEREN
badw.de/die-akademie/presse/
zeitschrift-akademie-aktuell

Fotos: stock/oneblink-cj; istock/s-cphoto

BAdW

Verschwörungsmychen –
Hintergründe und Folgen

Eine vierteilige Podcast-Reihe der BAdW widmet sich 2023 einer aktuellen Herausforderung für demokratische Gesellschaften: Verschwörungsmychen. Die einzelnen Teile bilden gemeinsam eine lose verknüpfte Geschichte, es empfiehlt sich daher, sie in der richtigen Reihenfolge zu hören.

In Teil 1 geht es um **Geheimbünde in Geschichte und Gegenwart**, von den Illuminaten und Freimaurern des 18. Jahrhunderts bis zur antisemitischen Thule-Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Teil 2 widmet sich ausführlich dem Phänomen des **Antisemitismus**, der in nahezu allen Verschwörungsmychen eine Rolle spielt – direkt oder indirekt. Insbesondere die Vorstellung einer angeblichen geheimen Elite, die die Welt kontrolliert, ist stark antisemitisch geprägt. In Teil 3 der Reihe geht es um die Zunahme von **Hass und Hetze** – online und offline. Teil 4 untersucht, woher die vielerorts zu beobachtende **Leugnung des Klimawandels** kommt und wie sich gerade rechte Netzwerke Verschwörungsmychen rund um den Klimawandel zu eigen machen. Zu Wort kommen in allen Folgen Expertinnen und Experten aus der BAdW sowie zahlreiche Gäste.Was? Podcast-Reihe „Verschwörungsmychen – Hintergründe und Folgen“
Wo? badw.de/mediathek oder überall, wo es Podcasts gibt

Verschwörungsmychen – eine Herausforderung für demokratische Gesellschaften weltweit.



Philosophie auf Birkenrinde

Altindologe **Francesco Barchi** über eine der ältesten Handschriften des Buddhismus

Foto **Myrzik und Jarisch**

Das Original liegt im National Museum of Pakistan: Francesco Barchi mit einem Ausdruck der Handschrift aus Gandhāra.

Sein Lieblingsstück wird Dr. des. Francesco Barchi wohl niemals selbst in der Hand halten dürfen: eine frühbuddhistische Handschrift aus dem 1. oder 2. Jahrhundert nach Christus, entstanden im antiken Gandhāra, ein Gebiet im heutigen Nordwesten Pakistans und benachbarten Afghanistan. Was er aber zeigen kann, ist ein Foto der auf Birkenrinde angebrachten Handschrift. Gestochen scharf sind die Buchstaben auf den erhaltenen Rindenteilen lesbar. „Das liegt auch an dem trockenen Klima der Region“, erklärt Barchi. Wovon der Text genau handelt – das versucht er im Rahmen des BAdW-Projekts „Frühbuddhistische Handschriften aus

Gandhāra“ herauszufinden. Sicher ist bislang nur, dass es sich um philosophische Inhalte handelt. Das Interesse an antiken Kulturen entdeckte der italienischstämmige Wissenschaftler schon in der Schulzeit am klassischen Gymnasium, wo er sich mit dem antiken Rom und Griechenland befasste. Während des Studiums in Rom und China weitete er seine Kenntnisse auf das antike China und Indien aus. Am faszinierendsten findet er an seiner Arbeit, bisher unbekannte Texte zu entschlüsseln: „Es ist fast wie Nekromantie, im besten Sinne: Wir können mit den Toten sprechen, mit Menschen, die vor Jahrtausenden gelebt haben.“ Protokoll: rz

BAdW

WISSENSCHAFT ERLEBEN!

TAG DER OFFENEN TÜR
4/5/24

PROGRAMM
ANFANG 2024
UNTER
WWW.BADW.DE

Alfons-Goppel-Straße 11
(Residenz)
80539 München

Tel. +49 89 23031-0
www.badw.de

BAYERISCHE
AKADEMIE
DER
WISSENSCHAFTEN

BADW

DAS UNBEHAGEN AM VERZICHT

Mit
MONIKA SCHNITZER und
PETER STROHSCHNEIDER
Moderation
JENS-CHRISTIAN RABE

PODIUMSDISKUSSION

11/12/23

19.00 UHR

Alfons-Goppel-Straße 11
(Residenz)
80539 München

T +49 89 23031-0
www.badw.de



BAYERISCHE
AKADEMIE
DER
WISSENSCHAFTEN